Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekázanka 18 ◆ Teleph.: 26705, 31409. Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33558 ◆ Postscheckamt: 57544

12. Jahrgang. | Freitag, 22. Juli 1932 | Nr. 172.

Parlament geht plötzlich in Ferien.

Agrarier stellen sich hinter ihre Senatsfraktion. — Das restliche Programm bleibt unerledigt.

Prag, 21. Juli. Das Parlament hat sich heute nach ganz kurzer Sitzung, in der lediglich noch eine kleinere, unumstrittene Vorlage verabschiedet wurde, mit der Formel vertagt, daß das Präsidium ermächtigt wird, die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einzuberufen. Diese nächste Sitzung wird nicht vor der zweiten Hälfte des September stattfinden . . .

Programmgemäß hätte heute die Sparkommission und morgen in der letzten Sitzung die Krisenabgabe und das erst heute aufgelegte Ermächtigungsgesetz für die landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen noch verabschiedet werden sollen. Einen Tag vor diesem programmäßigen Schluß ist das Parlament — und noch dazu ohne die üblichen Ferienwünsche des Vorsitzenden — in die Ferien gegangen, ohne das restliche Arbeitsprogramm zu erledigen. Auch der Senat, der sonst in der nächsten Woche diese drei erwähnten Vorlagen hätte verabschieden sollen, wird vor den Ferien nicht mehr zusammentreten.

*

Wieso es plötzlich soweit gekommen ist? Wie immer durch die Schuld — oder deutlicher gesagt: durch die Erpressertaktik — des rechten Flügels der tschechischen Agrarier. Diese Herrschaften hatten gestern in einer Sitzung des Präsidiums der Agrarpartei es durchgesetzt, daß diese Körperschaft sich ausdrücklich hinter das Vorgehen ihrer Senatsfraktion stellte, die in der Vorwoche gegen die Steuervorlagen gestimmt hat, als die übrigen Koalitionsparteien, da alle friedlichen Mittel versagten, in vollem Einverständnis mit der Regierung die agrarische Obstruktion einmal rücksichtslos niederbügelten.

Die Regierung hat diese Extratour zunächst ignoriert und sie als interne Angelegenheit der Agrarier angesehen. Diese Auffassung erwies sich als unhaltbar, als der heutige „Venkov" auf der ersten Seite folgendes offizielle Kommuniquee brachte:

„Das Präsidium der Republikanischen Partei hat durch einmütigen Beschluß die volle Uebereinstimmung mit dem Vorgehen des Senatorenklubs in der Senatssitzung vom 15. d. ausgesprochen, weil es zu der Ueberzeugung kam, daß das unloyale und bisher nie übliche Vorgehen einiger Koalitionsparteien es den agrarischen Senatoren unmöglich gemacht hat, den Beschluß des Parteipräsidiums, positiv über die verhandelten Vorlagen abzustimmen, zu erfüllen. Daher anerkennt es die von dem Generalredner des Senatorenklubs Sablik vorgetragene Erklärung für richtig und voll begründet.

Weiter heißt es in der Erklärung, daß die Partei angeblich immer mit äußerster Loyalität (!?) gegenüber allen politischen Parteien der heutigen Regierungsmehrheit vorgegangen sei, für die Bedürfnisse des Staates immer volles Verständnis gehabt habe usw. Weiter stellt sich die Partei hinter die Forderungen nach Sicherung der Ernte, Herabsetzung des Zinsfußes für Landwirte (oder Restgutbesitzer?), die von der Krise betroffen sind, und zwar in ihrem vollen Umfang, denn es sei im Interesse des Staates, daß die Landwirtschaft nicht vernichtet werde.

Diese Solidaritätserklärung der Agrarpartei mit ihrer revoltierenden Senatsfraktion machte heute der Geduld der übrigen Koalitionsparteien ein Ende. Hervorgehoben muß noch werden, daß in der gestrigen Sitzung der politischen Minister die agrarischen Vertreter diesen Beschluß der Agrarier mit keinem Worte erwähnten, obschon ihnen die Sache und ihre weittragende Bedeutung wohl kaum unbekannt sein konnte. Eine strikte Erklärung, daß die Agrarier für die weiteren Vorlagen stimmen würden, war von ihnen gleichfalls nicht zu erhalten.

In der heutigen Sitzung der politischen Minister, die ohnedies für 10 Uhr angesetzt war, brachte ein bürgerlicher Minister, anscheinend Monsignore Sramek, diese Angelegenheit sofort zur Sprache. Sramek hatte sich bisher immer um die Ausgleichung der diversen Konflikte bemüht, die der rechte Flügel der Agrarpartei der Koalition und der Regierung schon in überreichem Maße beschert hat; diesmal aber stellte er den Antrag, die Tagung der Nationalversammlung zu beenden und die beiden Häuser in die Ferien zu schicken, da angesichts der letzten Vorgänge in der Agrarpartei niemand mehr eine Garantie bieten könne, daß der Abgeordnetenklub der Agrarier auch für die noch vorbereitete Krisenabgabe stimmen werde, und angesichts der vorgerückten Zeit und der gespannten Atmosphäre unliebsame Ueberraschungen nicht ausgeschlossen seien.

Dieser Meinung schlossen sich die Minister der übrigen Parteien an. Die agrarischen Minister waren sichtlich überrascht, mußten aber schließlich zugeben, daß dieser Standpunkt seine Berechtigung habe.

Es wurde also an das Präsidium des Abgeordnetenhauses das Ersuchen gerichtet, im Sinne dieser Dispositionen die weitere Tagung des Hauses abzubrechen. Das Präsidium kam diesem Wunsche nach und beendete die Hausfitzung nach kurzer Dauer.

*

Um die Sparkommission.

Einzelne Kreise bemühen sich darzutun, daß an dem Abbruch der parlamentarischen Verhandlungen auch der Konflikt der Regierung mit dem Verfassungsausschuß wegen der Sparkommission stark beigetragen habe.

Der Verfassungsausschuß hatte nämlich heute früh seine unterbrochenen Verhandlungen im Beisein des Ministers Slavik fortgesetzt, der den Wunsch der Regierung verdolmetschte, der Ausschuß möge die weitere Abstimmung über die Sparkommission so lange aussetzen, bis die politischen Minister zu den vom Ausschuß in Aussicht genommenen Aenderungen Stellung genommen hätten. Der Ausschußvorsitzende Mišura war geneigt, diesem Wunsche nachzukommen. Da stellte jedoch der Nationaldemokrat Hodač nach der Geschäftsordnung den Antrag, in den Verhandlungen fortzufahren. Dieser Antrag wurde wieder einstimmig angenommen, nachdem die Vertreter der einzelnen Parteien erklärt hatten, daß die Gründe, die sie zu den Aenderungen veranlaßt hätten, unverändert weiter bestehen, und die Vorlage wurde in der gestrien von dem Siebenerausschuß beschlossenen Fassung angenommen.

Dieser Konflikt mit der Regierung ist jedoch keinesfalls besonders kritisch. Aus Regierungskreisen wird nachdrücklichst versichert, daß die Regierung die Kontrolle durch das Parlament begrüße, und keine Einwendungen dagegen erhebe, daß der Ausschuß Aenderungen vornehme; die Regierung wolle lediglich mit dem Ausschuß wegen zweier kleinerer Aenderungen verhandeln, die an der gesamten Struktur der Sparkommission jedoch nichts ändern und auch das Verlangen des Hauses nach eingehender Kontrolle keineswegs beeinträchtigen sollen.

Diese Differenzen wären im Verhandlungswege jedenfalls sehr bald beigelegt worden und hatten, wie gesagt, keinen Einfluß auf den Abbruch der Parlamentssession. Hiefür tragen die Agrarier die alleinige Schuld, die wissen mußten, was ihr Kommuniquee für Folgen nach sich ziehen muß. Diesen Ausgang hatten die Agrarier anscheinend doch nicht erwartet.

*

Politische Beratungen.

Für das Kabinett gibt es allerdings noch keine politischen Ferien. Heute treten die politischen Minister nochmals zusammen; wichtige politische Entscheidungen sind jedoch nicht zu erwarten. Es werden vielmehr erst die einzelnen Parteien zu der neuen Situation Stellung nehmen, worauf nächsten Dienstag sich das Kabinett mit dem Ergebnis dieser Beratungen befassen soll. An eine Wiedereinberufung des Parlamentes denkt aber unter den gegenwärtigen den sozialistischen Parteien, aber auch bei der tschechischen Volkspartei, über den neuen Vorstoß der Agrarier gegen die Koalition eine schwere Verbitterung, die sich diesmal selbst bis in die Reihen der deutschen Agrarier erstrecken soll.

*

Die Syndikatsvorlage eingebracht.

In der heutigen Sitzung hatte die Regierung das angekündigte Gesetz über die Schaffung einer Organisation von Importeuren und Exporteuren eingebracht, durch das die Regierung ermächtigt werden soll, für die Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher und animalischer Produkte eine solche Organisation ins Leben zu rufen und deren Wirkungskreis durch eine Verordnung zu regeln.

Im Motivenbericht hiezu heißt es, daß die wirksamere Bekämpfung der landwirtschaftlichen Krise weitere Maßnahmen erfordere, die der heimischen Landwirtschaft einen leichteren Absatz und eine günstigere Verwertung ihrer Erzeugnisse sichern würden. Der Zweck der erwähnten Organisationen werde darin bestehen, die Ein- und Ausfuhr dieser Produkte derart zu organisieren, daß diese mit den landwirtschaftlichen, handelspolitischen und Verbraucherinteressen in Einklang gebracht werden.

Dieses Rahmengesetz bleibt nun ebenfalls über die Ferien unerledigt. Ueber das Schicksal der Syndikate ist noch nichts bekannt, doch nimmt man an, daß die Realisierung des Getreidesyndikates durch die heutigen Vorfälle nicht beeinträchtigt werden wird, da diese Maßnahmen nicht der Agrarpartei zuliebe geplant sind, sondern einem anerkannten Bedürfnis der Landwirtschaft Rechnung tragen sollen.

Der Syndikatsvertrag zwischen dem Staat und der zu schaffenden Organisation ist bereits fertig; strittig sind nur noch Details über die Vertretung der einzelnen Interessentengruppen im Vorstand

(Schluß auf Seite 2.)

Eiserne Front spricht:

Die Stunde der Rache kommt!

Berlin, 21. Juli. Die Eiserne Front hielt gestern eine Kampfversammlung ab, in der von den Reichsbannerführern Breuer und Major a. D. Anker angekündigt wurde, daß jetzt die Stunde gekommen sei, wo die Kampfformationen der Eisernen Front in der Illegalität zu kämpfen hätten.

Der erste Redner, Breuer, erklärte u. a.: Die Soldateska der Papen-Schleicher-Barone werde ihr verbrecherisches Spiel mit den Volksrechten nicht so lange treiben können, wie sie sich es erträumte. Denn im selben Augenblick werden wir die roten Bataillone im ganzen Reiche zum Widerstand aufrufen. Die Stunde der Rache kommt. Alles ist bis ins Genaueste vorbereitet und im gleichen Augenblick, da die Führung der Eisernen Front auf den Knopf drückt, marschiert die rote Front der Gewerkschaften, Hammerschaften und das Reichsbanner dem Endsieg entgegen. Das Volksgericht kommt.

Nach ihm führte der Reichsbannerführer Major a. D. Anker u. a. aus: Die Herren Barone von der Reichsregierung und Reichswehr werden ihr blaues Wunder erleben, wenn die Führung der Eisernen Front das Signal zum Losschlagen gibt. Denn die Mittel und die Taktik dieses Kampfes, über die wir begreiflicherweise heute hier nicht öffentlich sprechen können, sind derart, daß selbst die stärkste Militärdiktatur zu Boden gerungen werden wird. Und zu diesem Endkampf wird das ganze Proletariat bis zur äußersten Linken aufgerufen werden. Seit dem heutigen Tag ist die Zeit der Legalität vorbei und es beginnt die Aera der Illegalität, und in dieser werden wir unseren Kampf für einen sozialen Staat zum siegreichen Ende führen.

Schach den Friedensstörern!

Das Parlament ist gestern unvermutet und ohne daß ihm die Möglichkeit geboten worden wäre, das restliche und eigentlich schon durchgearbeitete Arbeitsprogramm zu erledigen, in die Ferien gegangen. Das heißt, es hat die Sommerferien nicht freiwillig angetreten, sondern es mußte sie antreten, weil das Verhalten der größten politischen Partei, der tschechischen Agrarier, infolge der intriganten Treibereien ihres rechten Flügels schon wieder eine solche Situation herbeigeführt hatte, daß die anderen Koalitionsparteien lieber den Vorhang über das wenig erbauliche Schauspiel herabfallen ließen, ehe sie es zugelassen hätten, dem frivolen Spiel länger zuzusehen.

Noch vorgestern schien es, daß der Erledigung der noch fälligen Vorlagen, das sind die Vorlagen betreffend den Krisenfonds, die Einsetzung einer Ersparungskommission und die Schaffung des Getreide- und des Viehsyndikats, kaum größere Schwierigkeiten mehr entgegenstehen würden, doch noch am selben Tage setzten die Intrigen der Stanek-Donat-Gruppe ein und gestern war die Sachlage bereits so verworren und unsicher geworden, daß, wollte man nicht eine Wiederholung des traurigen Schauspiels, wie es in der Vorwoche infolge des disziplinlosen Vorgehens der Agrarier der Senat geboten hatte, im Abgeordnetenhause erleben, nur übrig blieb, das Parlament zu vertagen. Es ist kaum daran zu denken, daß in den nächsten Tagen noch eine Sitzung des Parlaments stattfinden wird und man kann als sicher annehmen, daß es erst in der zweiten Hälfte September, wenn überhaupt noch, zusammentreten wird.

Verschiedenes hat mitgespielt, um die Lage unhaltbar zu machen. Das wesentlichste davon ist ein Beschluß des Präsidiums der tschechischen Agrarier, in welchem das Vorgehen ihres Klubs im Senat vollständig gebilligt wurde und weiters die Unmöglichkeit, von den Vertretern der tschechischen Agrarpartei die bindende Zusage zu erhalten, daß ihre Klubgenossen bei der Verhandlung des Arbeitslosenfonds für die Regierungsvorlage stimmen würden. Man muß sich vergegenwärtigen, was das bedeutet. Nachdem im Senat der intrigante und erpresserische Vorstoß der Agrarier durch das einmütige Zusammengehen der übrigen Koalitionsparteien gescheitert war, ein Vorstoß, der sich vor allem gegen die eigenen Minister der Agrarier richtete, beteuerten die Urheber des Vorfalls, sie hätten es gar nicht so schlimm gemeint, wie es ihnen ausgelegt wurde und sie beeilten sich, ihren Vertretern in der Regierung das volle Vertrauen auszusprechen. Vorgestern aber hatte das Präsidium ihrer Partei nichts besseres zu tun, als den Fall aufs neue aufzuwärmen, offenkundig, um noch einmal den Versuch zu unternehmen, der Regierung und dem Parlamente Schwierigkeiten zu machen, die Athmosphäre zu vergiften und etliche ihrer jetzigen Minister von ihren Stühlen zu verdrängen, damit der Ministerstellen-Hunger einiger der Nachdrängenden endlich gestillt werde. Es bedarf keines besonderen Scharfsinnes, um diese Absicht aus dem Beschluß ihres Präsidiums herauszulesen, denn es bestand keinerlei Nötigung, nochmals auf das terroristische Vorgehen der Senats-Agrarier zurückzugreifen und sie der Zustimmung zu diesem Vorgehen, mit dem ihre Minister nicht übereinstimmten, zu versichern. Ebenso war es klar, daß mit der Weigerung, klipp und klar zu erklären, ob sie ihre Stimmen für die der Erledigung harrenden Regierungsvorlagen abgeben würden, nichts anderes als ein neues Manöver, ein neuer Versuch, Schwierigkeiten und Komplikationen hervorzurufen, verbunden war.

Das Präsidium der tschechischen Agrarpartei hat die Gelegenheit seines Beschlusses benützt, um eine Tirade seiner Koalitionsloyalität und Staatstreue vom Stapel zu lassen. Man kennt die Weise und man kennt den Text. Danach sind die Agrarier natürlich die reinen Unschuldslämmer und die anderen die Friedensstörer. Sie, die tschechischen Agrarier wären stets gegenüber den anderen Koalitionsparteien mit größter Loyalität vorgegangen, hätten für alle Bedürfnisse des Staates immer volles Verständnis gehabt und dort, wo es um Staatsnotwendigkeiten ging, seien sie regelmäßig in den ersten Reihen der Schützer der Staatsinteressen gestanden. Es hat niemand daran gezweifelt, daß die Agrarier ihre Fertigkeit in hohlen Deklamationen auch diesmal schlagend beweisen werden, aber es wird ihnen nicht gelingen, jemanden damit zu täuschen, denn daß das Obstruieren staatsnotwendiger Regierungsvorlagen eine besonders rühmliche Staatstreue beweist, wird ebensowenig jemand einsehen wollen, wie, daß sich die anderen Koalitionsparteien einer Unloyalität schuldig machten, weil sie die Agrarier am Obstruieren gehindert und ihnen dabei eine Blamage bereitet haben.

Was aus dem Vorgehen der agrarischen Friedensbrecher hervorgeht, das ist, daß ihre Partei, von Ehrgeizlingen und Ministerstrebern unterwühlt, immer weniger Eignung hat, als ehrlicher und verläßlicher Koalitionspartner angesehen zu werden. In jedem Augenblick flackert in dieser Partei, angezündet von den in ihr sehr einflußreichen Malkontenten, ein Feuerchen auf, keinen Augenblick sind nicht einmal ihre Minister vor den gegen sie gesponnenen Intrigen ihrer eigenen Parteigenossen sicher. Der rechte Flügel der Partei, geführt von den Restgutbaronen und Hausbesitzervertretern, hat es aber nicht nur darauf abgesehen, jede sich darbietende Gelegenheit zu benutzen, um den agrarischen Ministern ein Bein zu stellen, die Herren können und wollen die ihnen und ihrer Beutegier lästige heutige Regierungsmehrheit nicht vertragen und wollen sie beseitigen, um womöglich einer neuen Bürgerblock-Regierung Raum zu schaffen. Es ist nicht zu verkennen, daß sie auf eine Auflösung des aPrlaments und auf Neuwahlen hinarbeiten, wobei sie auf ein Erstarken der deutschen nationalsozialistischen Stimmen hoffen, vielleicht bilden sie sich auch ein, daß es in der gegenwärtigen Notzeit den Kommunisten gelingen wird, aus Neuwahlen gestärkt hervorzugehen. Das alles, so rechnen sie, werde eine Schwächung der sozialistischen Parteien bewirken, worauf die goldenen Zeiten eines neuen Bürgerblocks wieder anheben könnten. Daß die Rechnung ein großes Loch haben könnte, das sehen sie in ihrem Eifer, den Staat wieder restlos in ihre Fänge zu bekommen, nicht ein, jedenfalls irren sie mächtig, wenn sie glauben, daß die sozialistischen Parteien den Augenblick von Neuwahlen zu fürchten haben. Sie irren auch, wenn sie meinen, die sozialistischen Parteien würden im Banne dieser vermeintlichen Furcht geneigt sein, sich ihre Intrigen geduldig gefallen zu lassen und Schwachheit gegenüber ihrer Erpresserpolitik zu zeigen.

Parlament geht plötzlich in Ferien.

(Schluß von Seite 1)

dieser Gesellschaft. Der Vertrag, der auf ein Jahr abgeschlossen werden soll, soll in der bisherigen Gesetzgebung ausreichend fundiert sein, so daß das Ermächtigungsgesetz als Basis nicht unbedingt notwendig wäre. Die Regierung verbürgt dem Syndikat, daß sie nur dessen Mitgliedern Einfuhrbewilligungen und die entsprechenden Devisen hiefür zur Verfügung stellen wird, wogegen das Syndikat verpflichtet wird, die Einfuhr nach bestimmten Richtlinien und den Intentionen der Regierung durchzuführen. Eine Kapitalsbeteiligung des Staates kommt nicht in Frage. Der staatliche Einfluß wird durch vier Kommissäre gesichert, die von den beteiligten Ministerien (Landwirtschaft, Handel, Ernährung und Finanzen) delegiert werden und denen ein weitgehendes Aufsichts- und Kontrollrecht über die Gebarung des Kartells zusteht. Dieses Kontrollrecht geht bis zur Suspendierung von Syndikatsbeschlüssen, falls sie den öffentlichen Interessen widersprechen.

*

Die Plenarsitzung des Hauses

erledigte eine Vorlage, durch die das Gesetz über die Betriebs- und Revierräte auch auf Karpathorußland ausgedehnt wird. Es handelt sich um einen Initiativantrag der tschechischen Genossen, dessen Notwendigkeit Genosse Besko eingehend darlegte. Der Antrag wurde ohne Debatte in erster Lesung genehmigt, worauf noch die Syndikatsvorlage den Ausschüssen zugewiesen wurde. Um 1 Uhr wurde dann die Sitzung ohne jede weitere Formalität geschlossen.

Henker Hitler.

Bluthetze bei einer Kundgebung in Hamburg.

Am Mittwoch sprach Hitler in einer Massenkundgebung der Nationalsozialisten in Hamburg, also unweit von dem Schauplatz der blutigen Kämpfe, die sich am vergangenen Sonntag bei der Kundgebung in Altona abgespielt haben.

Der Osaf beschäftigte sich auf seine plumpe Art mit außenpolitischen Fragen und sagte zu den Gegnern des Nationalsozialismus:

„Wenn wir einst mit euch abrechnen,
dann sei Euch der Himmel gnädig."

Das ist nichts anderes als eine schamlose Mordhetze, die jedoch in den Augen des Herrn von Papen sicherlich nichts anderes ist als eine harmlose politische Aeußerung. Es wird jedoch die Stunde kommen, da Herr Hitler für diesen Ausspruch wird einstehen müssen.

Freilich macht es sich die Papenregierung leicht: sie schiebt alle Schuld den Kommunisten zu. Aber der anständige Teil des deutschen Volkes weiß, wo die wahren Schuldigen zu suchen sind: nämlich in den Reihen derer, die das Uniformverbot aufhoben, um Hitler einen Gefallen zu tun. Mit der Blutschuld ist in erster Linie die Reichsregierung belastet.

*

99 Tote in den letzten Wochen!

Die Bürgerkriegsopfer seit der Aufhebung des Uniformverbots.

Das Geschenk, das die Papenregierung dem deutschen Volk durch die Aufhebung des Uniformverbotes bescherte, ist in seinem eigentlichen Wert erkennbar durch die Menschenopfer, die es erforderte.

Seit die SA. wieder die Uniform tragen, sind nach einer noch nicht ganz vollständigen Statistik in den Straßenkämpfen 99 Menschen getötet worden, während die Zahl der Verletzten über 1100 beträgt.

Allein die letzten vier Sonntage haben folgende Opfer gefordert:

26. Juni: 5 Tote und 103 Verwundete.
3. Juli: 5 Tote und 72 Verwundete.
10. Juli: 19 Tote und 189 Verwundete.
17. Juli: 19 Tote und 285 Verwundete.

Die Zahl der Verwundeten ist sicher noch weitaus größer, als sie nach den in den Zeitungen erschienenen Meldungen festgestellt werden konnte. Demgegenüber beträgt die Zahl der im politischen Kampf Gefallenen in der Zeit von Oktober 1930 bis 31. Mai 1932, also innerhalb von achtzehn Monaten, vor der Wiederherstellung der Uniformfreiheit und der SA., 68 Tote.

Ruhe und Ordnung im Wachstum:

Wieder Tote und Verletzte.

Berlin, 21. Juli. 200 Kommunisten hielten um Mitternacht auf dem Kottbusser Damm einen Straßenbahnwagen und einen Autobus auf und zwangen dadurch die Fahrgäste zum Aussteigen. Das Ueberfallkommando wurde von den Kommunisten mit einem heftigen Feuer beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer, wobei ein Kommunist tödlich getroffen wurde.

Düsseldorf, 21. Juli. In Buer wurden in einem Streite drei „Eiserne Front"-Leute von einem Nationalsozialisten durch Schüsse erheblich verletzt.

Stettin, 21. Juli. Im Ostseebad Singster wurde gestern abends der dortige Amtsvorsteher Köthur ermordet. Der Amtsvorsteher hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Ruhestörungen kam, ermahnte Köthur einen Kommunisten zur Ruhe. Bald darauf verließ der Amtsvorsteher die Versammlung. Der von ihm verwarnte Kommunist folgte ihm und versetzte ihm einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden.

Das siebzehnte Todesopfer in Altona.

Altona, 21. Juli. Nach Mitteilung des städtischen Presseamtes ist im Krankenhause ein weiterer Schwerverletzter der Unruhen vom Sonntag gestorben. Es handelt sich um einen 25jährigen Mann namens Erwin Geß. Die Zahl der Todesopfer ist damit auf 17 gestiegen.

Deutschland und Frankreich.

Paris, Mitte Juli 1932.

Zehn Jahre lang ergingen sich die deutschen Reichsparteien in wüsten Schimpfereien gegen die deutsche Sozialdemokratie, weil diese für die Politik der internationalen Verständigung mit Frankreich eintrat. Erst lernte Stresemann um, der Führer der Deutschen Volkspartei, dann schwenkte jetzt Herr von Papen in Lausanne ein, und auch der Stahlhelm sieht sich gezwungen, die Dinge etwas anders zu betrachten als noch bis vor kurzem.

Herr Franz Seldte, der Führer des Stahlhelms, hat soeben einem Redakteur der Pariser Rechtszeitung „Intransigeant" in Berlin ein Interview gegeben, und der Redakteur betont sogar, Herr Seldte sei extra von Magdeburg zu ihm nach Berlin gefahren, nur um mit dem Franzosen zu sprechen. Würde ein deutscher Sozialdemokrat das getan haben, so wäre das sicher bereits Vaterlandsverrat in den Augen der Stahlhelmer.

Herr Seldte erklärte dem französischen Journalisten, daß er sich darüber wundere, man könne von ihm annehmen, daß er nicht gerne mit Franzosen spreche. Er hoffe, er werde jederzeit auch von den französischen früheren Kriegsteilnehmern freundlich empfangen, wenn er einmal nach Paris komme. Das ist eine Anspielung darauf, daß der Stahlhelm schon seit Monaten vergeblich versucht, mit den Verbänden früherer französischer Kriegsteilnehmer in Fühlung zu kommen. Ueberall in Paris wurden die Vertrauensleute des Stahlhelms bisher nur abgewiesen, da die linksstehenden französischen Kriegsteilnehmerverbände Wert darauf legen, nur mit den wirklich verständigungsbereiten deutschen Vereinigungen, wie dem Reichsbanner und dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten zusammenzuarbeiten.

Trotzdem erklärte Herr Seldte in seinem Interview: „Deutschland ist dazu berufen, sich eher mit Frankreich zu verständigen als mit irgend einem anderen Land. Wir kennen den französischen Soldaten und haben die größte Achtung vor ihm."

In Frankreich lacht man über solche Interviews. Denn man kennt den Stahlhelm in Frankreich besser, als Herr Seldte es sich einbildet, und es ist erst wenige Monate her, daß ganz Frankreichs Mauern mit Plakaten überschwemmt wurden, auf denen man eine Photographie des letzten Stahlhelmaufmarsches sah, und die „Propagandastelle nationaler Franzosen", die dieses Plakat verbreitete, schrieb als Text darunter: Hier könne man sehen, wie das nationalistische Deutschland zu einem neuen Kriege hetze.

Wirbt ein Stahlhelmer um Frankreichs Vertrauen, so wird Frankreichs Mißtrauen nur umso größer. Der Vertrag von Lausanne hat dieses Mißtrauen natürlich nicht beseitigen können, zumal da man befürchtet, Deutschland werde jetzt in Genf seine Aufrüstung fordern. Man kommt in Frankreich nicht davon ab, sich zu fragen, ob man denn in Deutschland auch wieder mit dem Lausanner Abkommen unzufrieden sein will, und man erinnert daran, welch ungeheure Verbreitung 1911, als Frankreich einen Teil Kongos an Deutschland abtrat, Graf Reventlows geflügeltes Wort hatte: „Man hat uns nur 300 Millionen Tsetse-Fliegen abgetreten."

Allerdings sind auch die französischen Nationalisten jetzt gezwungen, ihre Einstellung zu ändern. Wenn Deutschland irgend eine Aenderung des in Versailles geschaffenen Zustandes erstrebte, antworteten sie stets mit dem Argument: „die unterschriebenen Verträge sind heilig". Jetzt sind aber die gleichen Franzosen die eifrigsten Verfechter der Idee, Frankreich solle an Amerika keinerlei Kriegsschulden mehr zahlen.

Kurt Lenz.

64

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Ich würde ihn gern darauf aufmerksam machen, daß ich drei Wochen mit hohem Fieber zu Bett gelegen habe, aber ich darf mich nicht weigern, jetzt, wo es auf nichts weiter ankommt, als die nächsten vier Tage zu überstehen.

So erkläre ich mich bereit. Dr. Maßmann unterschreibt die Post und geht.

Fräulein Hultzsch springt auf ein Schwätzchen zu der Kantinenwirtin ins Dachgeschoß. Sie hat die Alte schon halbwegs beschwatzt, ihr Gemüsegerichte ohne Fleisch zu verabfolgen, eine Vergünstigung, die streng geheimgehalten werden muß, denn da könnte ja jeder kommen, kein Fleisch haben und weniger bezahlen wollen.

Als sie nach eineinhalb Stunden erfolggekrönt zurückkehrt, findet sie mich eingeschlafen über der Maschine liegen.

*

Am zwölften Feber bin ich um sieben Uhr früh bereits wieder über meinen Exzerpten. Es gelingt mir, bis zur Mittagspause fünfundzwanzig Gesuche zu durchprüfen. Natürlich rächt sich die Anstrengung. Ich habe stärkeres Fieber, Kopfschmerzen und ein haariges Gefühl im Halse. Das Wetter ist so ungünstig wie möglich. Unaufhörlich rieselt ein Gemisch von Schnee und Regen aus tiefhängendem Himmelsgrau. Ich halte es für richtig, in der Kantine zu speisen und nicht meinen alten Mittagstisch aufzusuchen.

An drei länglichen Holztischen wird in der Kantine der Studentenfürsorge den heimatlosen und auswärtigen Angestellten für billiges Geld ein gutes Essen gereicht. Links und rechts an den Wänden sind Stammplätze für die regelmäßigen Gäste vergeben. Am Mitteltisch findet sich zusammen, was der Zufall heraufteibt.

Zunächst sitze ich allein. Als mir die Suppe gebracht wird, erscheint Fräulein Hultzsch. Vernehmliches Räuspern links und rechts, Füßescharren und Husten. Die Jünglinge aus der Buchhaltung grinsen sich über ihren Suppentellern zu. „Huch nein", stößt jemand hoch heraus, und alles prustet vor Lachen. Fräulein Hultzsch setzt sich neben mich.

Gleich darauf öffnet sich abermals die Tür, und es erscheint Dr. Maßmann. Auch ihn bestimmt das schlechte Wetter, heute nicht zum Essen nach Hause zu fahren. Er steuert auf Fräulein Hultzsch zu, wird mich gewahr, korrigiert augenblicklich die Richtung, erkennt, daß an den Seitentischen nicht ein einziger Platz mehr frei ist und kommt nun doch, hell errötet, auf uns zu.

Mit einem gewandten, dennoch verkrampften Scherze stellt er fest, daß der ganze J. A. A. J. in stimmberechtigter Vollzähligkeit versammelt sei. Streng geheime Vertrauenssitzung.

Ich weiß nicht, ob es an Maßmanns Gegenwart liegt oder an dem fetten Hammelfleisch und den strengriechenden Rüben: ich fühle heftigsten Widerwillen gegen das Gericht und schiebe es beiseite. Um dennoch eine Kleinigkeit zu mir zu nehmen, bestelle ich mir zwei Apfelsinen. Das Stück kostet fünfzehn Pfennige. Also bestimmt keine Verschwendung.

Fräulein Hultzsch stochert geziert in ihrem Gemüse. Maßmann scheint es prächtig zu munden. Er läßt seine Augen um und um wandern. Ich fühle mich scheußlich beengt.

„Sie haben kein Fleisch?" fragt er plötzlich, bestürzt mitten im Kauen innehaltend. „Was soll das heißen, Fräulein Hultzsch, alle andern essen Fleisch und Sie nicht?"

Sie dreht und windet sich vor Verschämtheit.

„Ich kann mir doch kein Fleisch leisten bei meinem kleinen Gehalt."

„Aber Fräulein Hultzsch, das ist furchtbar, das ist einfach ganz unerhört. Ich finde keine Worte, wirklich, ich bin außer mir, um nicht zu sagen: erschüttert. Wahrscheinlich haben Sie sich Ihr Ueberstundengeld nicht auszahlen lassen?"

Sie wird feuerrot, weil ich doch bisher von der Bezahlung ihrer Ueberstunden nichts wußte. Mir wird nun vieles verständlich.

„Das Letzte habe ich meinem Muttchen geschickt", wispert sie und pliert mit den Wimpern. Schon kommen die ersten Tränen.

Keinen heikleren Augenblick kann die Kantinenwirtin finden, um zwei Prachtexemplare von Apfelsinen vor mich hinzustellen, dickpelzige, rotgesprenkelte, verlockend leuchtende Früchte, die ungeheuer herausfordernd wirken in dieser Situation. Neben ihnen steht obendrein das verschmähte Hammelfleisch, dessen Sauce mittlerweile geronnen ist.

Maßmann wirft mir dann auch einen Blick so unverhohlenen Hasses und Abscheues entgegen, daß ich entsetzt die Hand zurückziehe, die sich nach einer Apfelsine ausstreckt.

Ist es wirklich eine Taktlosigkeit?

„Ich habe seit vierzehn Tagen kaum etwas anderes zu mir nehmen können als Obst", sage ich still. Weiß Gott, man sieht mir doch an, daß ich krank bin. Fräulein Hultzsch sitzt rot und gesund hinter ihrem vollbeladenen Teller. Es schmeckt ihr vortrefflich. Zufällig weiß ich, daß sie bei Verwandten wohnt und nur zwanzig Mark für ihr Zimmer bezahlt. Ohne alle Frage könnte Sie achtzig Pfennig für ein Fleischgericht ausgeben. Mehr kostet es in der Kantine nicht.

Ich nehme meine Apfelsinen an mich, erhebe mich, grüße und steige in großer Verwirrung die Treppe hinunter.

•

Ueber mir schlägt eine Tür. Schritte kommen in Eile mir nach. Entschlußkraft federt in ihnen, zorniger Wille, ein unbequemes Hindernis nunmehr blindlings niederzubrechen.

Ich schlüpfe in die Toilette. Erst wie ich den Hahn öffne und Kühle über meine Hände rinnt, kommt mir zum Bewußtsein, daß ich geflüchtet bin. Mir ist stumpf und dumpf in Kopf und Herz. Ich kann gar nicht recht aufwachen.

Ueber dem Wasserhahn hängt ein Spiegel. Mein Gott, wie sehe ich nur aus. Das also bin ich jetzt. Dies hier haben sie aus mir gemacht! Ich bin alt geworden. Vielleicht ist Hoffnungslosigkeit Altsein. Mein Haar hat allen Glanz verloren.

Die Haut unter meinen Augen ist welk, von kleinen Fältchen zerknittert. Blaß war ich immer, aber niemals von diesem farblosen Grau, in das sich bräunliche Schatten mischen. Im nächsten Monat werde ich dreißig Jahre alt. Die furchtbare Drohung des beginnenden Altwerdens steinschwer in der Brust, raffe ich mich auf und gehe in unser Arbeitszimmer.

Nebenan in abwartender Haltung sitzt Maßmann, die Beine übereinandergeschlagen, ein Lineal in der Hand, mit dem er gedankenverloren auf die Schreibtischplatte klopft.

Er hat den Kopf dem Fenster zugewendet, wie es seine Gewohnheit ist beim Nachdenken.

„Haben Sie einen Augenblick Zeit, Fräulein Brückner? Kommen Sie doch mal bitte herein."

Ich erschrecke bis ins innerste Mark.

„Bitte nehmen Sie Platz. Es ist da eine Kleinigkeit zu besprechen."

Kleinigkeit, denke ich bitter, ja, für Sie, Herr Maßmann ist es wohl eine Kleinigkeit, ob auch für mich?

(Fortsetzung folgt.)

Eine Abstimmung in Genf.

Starke Unzufriedenheit mit bisherigen Ergebnissen.

Genf, 21. Juli. Unter großer Beteiligung des Publikums und der Presse begann heute nachmittag der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz mit der Beratung der Entschließung, die für den Abschluß des ersten Tagungsabschnittes vorgelegt worden ist. Für die Einzelberatung lagen dem Ausschuß bei Beginn der Verhandlungen eine Reihe von Abänderungsanträgen der russischen Delegation vor, die darauf abzielen, den Resolutionsentwurf im Sinne einer wirksamen Abrüstung umzugestalten. Volkskommissar Litwinow erklärte, daß die Resolution in ihrer vorliegenden Form für die russische Delegation nicht annehmbar sei. Der italienische Luftfahrtminister Balbo sagte, die italienische Delegation habe mit dem besten Willen mitgearbeitet, um der Konferenz zu positiven Ergebnissen zu verhelfen. Die italienische Delegation sei aber jetzt gezwungen zu erklären, daß die Anstrengungen vergeblich gewesen seien und daß die Ergebnisse weit hinter den Hoffnungen der Menschheit zurückblieben. Er werde sich infolge dessen an der Abstimmung nicht beteiligen.

Der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny, erklärte gleichfalls, daß er an der Diskussion und an der Abstimmung über die einzelnen Teile der Resolution nicht teilnehmen werde. Er behalte sich vor, vor der Schlußabstimmung den Standpunkt der deutschen Delegation zu der Resolution darzulegen.

Der Hauptausschuß schritt sodann zur Abstimmung über die Einleitung der Entschließung. Es wurden 30 Stimmen dafür und 6 Stimmen dagegen abgegeben, sechzehn Delegationen enthielten sich der Stimme.

Sozialdemokratische Obstruktion im österreichischen Nationalrat.

Wien, 21. Juli. Im Unterrichtsausschuß des Nationalrates setzten heute die Sozialdemokraten, nachdem einige kleinere Vorlagen erledigt worden waren, mit einer neuen Obstruktion ein, da Unterrichtsminister Dr. Rintelen die bekannte Studenten-Rechtsvorlage, welche eine Konzession an die nationalsozialistische Studentenschaft der Wiener Universität darstellt, auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt hatte. Infolge dieser Obstruktion wurden die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, so daß die Vorlage vor den Sommerferien nicht mehr zur Durchberatung gelangen wird.

Wirtschaftsbelebung mit Aprikosen und Aepfeln.

Budapest, 20. Juli. (MTZ.) Wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro erfährt, erlegt die Tschechoslowakische Nationalbank bei der Ungarischen Nationalbank 750.000 K, die dem Zwecke der ungarischen Obstausfuhr nach der Tschechoslowakei dienen. Zu Lasten dieser Summe sind heute 50 Tonnen Aprikosen und 50 Tonnen Sommeräpfel nach der Tschechoslowakei abgegangen. Diese Aktion stellt den ersten Schritt hinsichtlich der ungarischen Obstausfuhr nach der Tschechoslowakei dar. Die Prager Regierung will auf diese Weise den Besuch der tschechoslowakischen Bäder und Kurorte durch ungarische Gäste fördern. Zu diesem Zwecke soll der Gegenwert der ungarischen Obstausfuhr dienen.

Ein schöner Erfolg der polnischen Arbeiter.

Warschau, 21. Juli. Ueber Intervention der Regierung haben die Industriellen in Polnisch-Oberschlesien die vor kurzem erfolgte Kündigung der bisherigen Lohnverträge im Bergbau und in der Hüttenindustrie zurückgenommen. Diese Maßnahme hat unter den Arbeitermassen in Polnisch-Oberschlesien, die durch die Kündigung der Lohnverträge in der Berg- und Hüttenindustrie in ihrer Existenz schwer bedroht waren, große Genugtuung hervorgerufen.

Perglers Nachfolger bestimmt. Der Fall Pergler, der in der Innenpolitik so lange eine Rolle gespielt hat, ist nunmehr endgültig erledigt. Das Wahlgericht hat dem Präsidium des Abgeordnetenhauses mitgeteilt, daß das Wiederaufnahmsverfahren vor dem Wahlgericht in der Frage des Pergler-Mandates abgelehnt wurde. Perglers Mandat wird also nicht verifiziert. An seine Stelle wird sein Nachfolger Ottokar Najemnik, städtischer Beamter in Prag, berufen.

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Seba. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teilte der Vorsitzende mit, daß der Abgeordnete der tschechischen nationalsozialistischen Partei Seba sein Mandat niederlege. — Seba war bis 1929 Gesandter in Belgrad und galt als Vertrauensmann Dr. Benešs, der Seba bestimmte, sich aktiv an der tschechischen Innenpolitik zu beteiligen und die Stelle eines Generalsekretärs der Nationalsozialisten zu übernehmen. In dieser Stellung scheint Seba die auf ihn gesetzten Hoffnungen doch nicht ganz erfüllt zu haben. Die Partei vermochte zumindest in den letzten Gemeindewahlen keine Erfolge zu erzielen. Seit einigen Monaten übte Seba seine Funktion als Generalsekretär nicht mehr aus. Es vertrat ihn darin der Abgeordnete Dr. Moudrý, der nunmehr offiziell das Generalsekretariat übernimmt. Seba kehrt wieder in die Diplomatie zurück; er wurde vor einigen Tagen zum Gesandten in Bukarest ernannt!

Um die wirtschaftliche Stellung des britischen Weltreiches:

Eröffnung der Konferenz von Ottawa.

Ottawa, 21. Juli. Die Reichswirtschaftskonferenz 1932, die die Vertreter des britischen Mutterlandes und aller Dominions, Kanadas, Australiens, Neuseelands, Südafrikas, Irischer Freistaat, Neufundlands, Indiens und Süd-Rhodesiens zu einer der denkwürdigsten Beratungen in der Geschichte des britischen Weltreiches vereinigt, wurde heute, vormittags 11 Uhr, im Unterhaus des Kanadischen Parlaments mit großer militärischer und ziviler Prachtentfaltung eröffnet. Im Lichte von Scheinwerfern verlas Generalgouverneur Lord Beßborough vom Sitz des Sprechers im Unterhaus zu Beginn die Eröffnungsbotschaft des Königs. Nach ihm begrüßte der kanadische Premierminister Benett die Teilnehmer im Namen der kanadischen Regierung. Die Führer der Delegationen legten hierauf die Politik der von ihnen vertretenen Reichseinheiten dar, an erster Stelle Baldwin, dessen Rede — naturgemäß die wichtigste — im Namen der britischen Regierung die Ziele der Konferenz erörterte.

In seiner Rede erklärte Baldwin u. a.: Die Regierung des Vereinigten Königreiches steckt der Konferenz das allgemeine Ziel einer Ausdehnung des Handels innerhalb des Reiches, die, soweit wie möglich, durch eine Senkung der Handelsschranken zwischen den Reichsgliedern herbeigeführt werden soll. Mit der Stärkung und Belebung des Handels innerhalb des Reiches werden wir den Interessen der Kultur im allgemeinen dienen und die wirtschaftliche Erholung der Welt beschleunigen. Baldwin sprach die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, die Verzugstarife innerhalb des Reiches auszudehnen, betonte aber, daß dies nicht durch Erhöhung, sondern durch Senkung der Schranken gegenüber anderen Ländern geschehen dürfe, denn das Britische Reich könne sich nicht von der Welt abschließen. Das Vereinigte Königreich sei bereit, an jedem praktischen internationalen Plan zur Wiederherstellung normaler Weltmarktpreise mitzuarbeiten. In diesem Sinne forderte Baldwin die Aufhebung der Handelsschranken, wie Kontingentierung und Devisenbeschränkung, auch forderte er die Lösung der Reparations- und Schuldenfrage sowie die Herabsetzung von Steuern und Zinssätzen. Der völlige Freihandel unter den Reichsstellen werde allerdings nicht möglich sein.

Verordnung der Pickelhaube:

Nur sofortiges Schießen sichert Staatsautorität.

Von welcher Anmaßung und welchem Blutwahn die Standrecht-Soldateska erfüllt ist, zeigt der folgende am Donnerstag, den 21. Juli, erlassene Ukas des Militärbefehlshabers für Berlin und Brandenburg:

1. An den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin;
2. An das Kommando der Schutzpolizei in Berlin;
3. An den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung (!) der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Brandenburg bestimme ich:

Die Polizei hat, so weit Waffengebrauch erforderlich ist, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen energisch und schnellstens von der durch die Lage gebotenen Art der Waffe Gebrauch zu machen, um den erforderlichen Zweck zu erreichen. Nur dadurch wird die Wahrung der Staatsautorität sichergestellt:

Niemals kann ein Beamter eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht oder die Nichtdurchsetzung eines Auftrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung finden, wenn er den zur Erreichung eines bestimmten Zweckes gesetzlich bestimmten Gebrauch von seinen Waffen nicht rechtzeitig und nicht vollständig gemacht hat.

Der Militärbefehlshaber:
Gez. Von Rundstedt, Generalleutnant.

Zusatz für den Herrn Oberpräsidenten von Brandenburg: Die vorstehende Anordnung gilt auch für die Beamten der Landjägerei und der kommunalen Polizei.

Grzesinski wieder freigelassen.

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, der Polizeivizepräsident Dr. Weiß und der Polizeikommandeur Heimannsberg wurden Mittwoch abends aus dem Offiziersgefängnis in Moabit entlassen, nachdem sie eine Erklärung unterschrieben hatten, die besagt, daß sie aus ihren Aemtern gewaltsam entfernt wurden.

Sozialdemokratischer Parteivorstand gegen kommunistische Generalstreikparole.

Berlin, 21. Juli. Parteivorstand und Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei faßten am Donnerstag einstimmig einen Beschluß, der gegen das Vorgehen der Reichsregierung protestiert und den bisherigen sozialdemokratischen Ministern sowie dem Polizeipräsidenten für ihr Verhalten Anerkennung und Dank ausspricht. Der Beschluß wendet sich dann gegen die Generalstreikparole der kommunistischen Führer, die seit Jahren mit den Nationalsozialisten den Kampf gegen Braun und Severing geführt haben. Die deutsche Arbeiterklasse werde sich die Wahl ihrer Mittel und die Stunde ihres Handels nicht von den Bundesgenossen der Nationalsozialisten im Kampf gegen Braun und Severing vorschreiben lassen. Es gelte jetzt in voller Aktivität, Disziplin und Einigkeit alle Kräfte für den Wahlkampf und den Sieg der Sozialdemokratie zusammenzufassen. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat sich diesem Beschluß einstimmig angeschlossen.

Der Einspruch der Preußenregierung.

Leipzig, 21. Juli. Wie der Reichsgerichtsdienst des Wolffbüros von zuständiger Stelle erfährt, lautet der vom bisherigen preußischen Staatsministerium unter Bezugnahme auf die gleichzeitig damit beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eingereichte Klage gestellte Antrag dahin:

„Im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli für das Land Preußen eingesetzte Reichskommissar einstweilen jeder Dienstausübung zu enthalten hat."

Der Antrag wird des näheren damit begründet, daß jede Tätigkeit des Reichskommissars als verfassungswidrig anzusehen sei und daß die von ihm vorgesehenen Regierungsakte daher keinen Anspruch auf rechtliche Beachtung hätten, vielmehr seien lediglich die Anordnungen des preußischen Staatsministeriums als des rechtmäßigen Inhabers der Regierungsgewalt in Preußen rechtswirksam.

Berlin, 21. Juli. Wie das Contibüro erfährt, hat Dr. Bracht heute vormittags die Leitung des preußischen Innenministeriums übernommen. Der Wechsel in den Aemtern, deren geschäftsführende Minister Reichskanzler von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gestern abends ebenfalls ihres Postens enthoben hat, vollzieht sich ähnlich wie der im preußischen Innenministerium.

Hitlers Hoffnungen herabgeschraubt.

Herr Hitler hielt gestern in Hannover eine Rede, in der er sagte: „Ganz gleich, wie die Wahlen vom 31. Juli ausgehen, wir werden weiterkämpfen." Aus dieser Aeußerung geht hervor, daß nun schon selbst Hitler der Meinung ist, die erhoffte Nazi-Mehrheit werde nicht erreicht werden.

Kein Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Auch die Papenkreuzler sind machtlos.

Berlin, 21. Juli. Nach dem Berichte der Reichsanstalt für die Arbeitsmarktlage vom 1. bis 15. Juli 1932 ist, wie in den Vorjahren, eine Stockung in der Entlastung des innerdeutschen Arbeitsmarktes eingetreten. Am 15. d. M. waren bei den Arbeitsämtern rund 5,492.000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um rund 16.000 mehr als Ende Juni. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonaußenberufe ließ nach. Während in den Bezirken Ostpreußen, Pommern, Niedersachsen und Westfalen, im geringen Umfange auch in Schlesien die Zahl der Arbeitslosen noch abgenommen hat, ist in Brandenburg, in der Nordmark, im Rheinlande, in Sachsen und Bayern ein gewisser Rückschlag eingetreten. Auch in Südwestdeutschland stieg die Zahl der Arbeitslosen etwas. In den Bezirken Mitteldeutschlands war ein Stillstand zu verzeichnen.

Goebbels enthüllt Papens wahre Motive.

Chemnitz, 21. Juli. Dr. Goebbels führte heute abends in einer Wahlkundgebung zu den Vorgängen in Preußen u. a. aus: „Die Ereignisse, die sich gestern und heute in Berlin abgespielt haben, sind der Anfang vom Ende der marxistischen Gewaltherrschaft. Mit tiefer innerer Beglückung können wir heute sagen: „Es ist so weit." Gestern hat auf unseren Druck hin der große Umbruch begonnen. Die Entscheidung naht. Das deutsche und das antideutsche Deutschland sind gegeneinander aufmarschiert. Das Volk mag jetzt darüber entscheiden, ob das eine oder das andere die Führung an sich reißen soll."

Die Republik den Papenheimern!

Republikanische Beamte werden abgesetzt.

Der Reichskommissar für Preußen hat eine ganze Reihe Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungs- und Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren und den Ministerialdirektor Dr. Badt (der augenblicklich vor dem Staatsgerichtshof den Einspruch des Landes Preußen gegen den Staatsstreich vertritt) einstweilen in den Ruhestand versetzt. Unter den abgesetzten Beamten befindet sich der Staatssekretär im Ministerium des Innern, Dr. Abegg, unter den Polizeipräsidenten Eggerstedt, Altona.

Vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes

Leipzig, 21. Juli. **Vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist der Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preußischen Staatsministeriums auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Samstag, vormittags 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird in Vertretung des beurlaubten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke Senatspräsident Oegg führen.**

Auch Baden gegen die Reichsregierung.

Karlsruhe, 21. Juli. Die badische Staatsregierung hat eine Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof in Leipzig gegen die Reichsregierung erhoben, in der sie die Berechtigung der gestrigen Maßnahmen bestreitet, da diese nach Auffassung der badischen Regierung „nicht nötig im Sinne des Artikels 48 der Reichsverfassung seinen, jedenfalls nicht dauernd möglich seien und dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches widersprächen".

Anklage gegen Grzesinski.

Berlin, 21. Juli. Militärbefehlshaber Generalleutnant von Rundstedt hat in der Mittagsstunde beim Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1 gegen Grzesinsky, Weiß und Heimannsberg auf Grund des § 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg Strafanzeige erstattet. General von Rundstedt hat als Militärbefehlshaber gestern den drei Beschuldigten nach der Amtsentsetzung den Befehl gegeben, sich jeder Amtshandlung zu enthalten. Die Beschuldigten haben aber bis zu ihrer Entfernung aus dem Dienst weiter ihre Amtsgeschäfte ausgeübt, obwohl sie die Zuständigkeit des militärischen Bevollmächtigten anerkannt hatten.

Der „Vorwärts" antwortet Herrn von Papen.

Der Berliner „Vorwärts" vom 21. Juli schreibt:

„Nie ist ein so schwerwiegender, so tief in das Volksschicksal eingreifender Akt wie die gewaltsame Amtsentsetzung der preußischen Regierung mit einer haltloseren Begründung versehen worden! Alle Behauptungen, die Herr v. Papen gestern im Rundfunk aufgestellt hat über ein angebliches Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit der Kommunistischen Partei sind blanke Phantasien. Jeder politisch Unterrichtete weiß, daß die Unvernunft der kommunistischen Parteileitung ein solches Zusammenwirken systematisch verhindert hat. Aber angenommen, die Sozialdemokratie hätte wirklich mit der KPD. paktiert — was sie getan haben würde, wenn die KPD. Vernunft angenommen hätte —, mit welchem Recht kann ein Reichskanzler, der mit den Nationalsozialisten paktiert, ihr daraus einen Vorwurf machen? Die Nationalsozialisten haben bisher gegenüber Verfassung und Gesetz genau dasselbe Verhalten an den Tag gelegt wie die Kommunisten. Von diesen unterscheiden sie sich nur dadurch, daß sie unmittelbar den Zwecken der alten feudal-kapitalistischen Herrenklasse dienen, während die Kommunisten dies nur mittelbar tun.

Die abgesetzte preußische Regierung hat ihre Amtsgeschäfte mit vorbildlicher Unparteilichkeit geführt. Ihr eine Begünstigung der Kommunisten vorzuwerfen, ist grotesk. Noch nach der Verhängung des Belagerungszustandes brachte die KPD. ein Extrablatt heraus, das an Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Preußenregierung geradezu strotzt. Dort wird ihr vorgeworfen, gegen die Kommunisten parteiisch gewesen zu sein. Wir fürchten, die Kommunisten werden in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, den Unterschied kennenzulernen zwischen einer Regierung, die unparteiisch ist und einer, die das nicht ist.

Respekt vor der Heiligkeit des Menschenlebens gehört zu den Traditionen der Sozialdemokratischen Partei. Wenn sie erklärt, daß sie nutzloses Blutvergießen vermeiden will, so kann sie zugleich auch keinen Zweifel daran lassen, daß sie dem im Reiche herrschenden System mit äußerster Feindschaft gegenübersteht. Diesem System so rasch wie möglich eine vernichtende Niederlage beizubringen, ist das Ziel all ihres Denkens und Trachtens. Mit diesem System gibt es kein Kompromiß, sondern nur Kampf. Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der Deutschen Republik ist das Ziel, Wahlkampf ist bis zum 31. Juli das Mittel. Je stärker die Sozialdemokratie am 31. Juli dasteht, desto besser wird sie für den weiteren Kampf gerüstet sein.

Vom Rundfunk

Rundfunk an Bord der Elbekähne. Für die Schiffer, die mit ihren Kähnen Güter auf der tschechoslowakischen und deutschen Elbe verfrachten, ist der Rundfunk fast unentbehrlich geworden. Beinahe jeder zweite Elbekahn besitzt eine Rundfunkanlage; ist doch für die Schiffsmannschaft der Rundfunk das Einzige, das ihnen Abwechslung und Unterhaltung bietet. Die Schiffer lesen fast keine Zeitungen und kommen nur wenig an Land, die Neuigkeiten erfahren sie fast nur durch den Rundfunk. Früher hatten die Schiffer Schwierigkeiten mit den Behörden, derzeit besteht jedoch ein besonderes Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, das die Frage der Mitnahme von Rundfunkgeräten regelt. Kähne, welche die Landesgrenze überschreiten wollen, werden in Schandau von Zollbeamten untersucht, wobei das Schiffsbuch vorgewiesen wird, in welchem die Radioeinrichtung genau beschrieben sein muß. Bei Eintritt in die Tschechoslowakei muß der Schiffer auch die Quittung über die Bezahlung der reichsdeutschen Rundfunkgebühr vorlegen, um hierzulande am Rundfunk teilnehmen zu dürfen. Technische Schwierigkeiten liegen eigentlich nur in der Stromversorgung. Wenn der Kahn einmal mehrere Stunden oder Tage an einem Ort liegen bleibt, werden die Akkumulatoren an Land zum Laden gegeben. Die Antenne wird einfach von einem Maste zum anderen gespannt, als Erde genügt ein Anschluß an einem durchgehenden Eisenträger, wie er sich in jedem Kahn befindet.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Viola Hanisch liest eigene Gedichte. 19: Saxophonvorträge. 21: Bunter Abend. — **Brünn:** 12.30: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Schrammeltrio. 19.25: Volksblaskapelle. 20.05: Jazzmusik. — **Berlin:** 19.10: Josef Haydn. — **Breslau:** 20: Wagner-Liszt-Abend. — **Hamburg:** 19.20: Zitherkonzert. — **Königsberg:** 19: Musik für Cello. — **Königswusterhausen:** Lustiger Abend. — **Mühlacker:** 22: Moselfahrt aus Liebeskummer. — **München:** 21.30: Rund um die Welt. — **Wien:** 19.10: Dichterliebe. 20: Frauen, ihr macht uns das Leben schön. 21.45: Tanzmusik.

Setzt dem Haß Vernunft entgegen!

In Dux haben vor wenigen Wochen tschechische Heißsporne, offenbar um von sich reden zu machen, einen Festzug deutscher Turner überfallen und eine Anzahl der Festzugsteilnehmer in schlimmster Weise mißhandelt. Die gesamte deutsche Oeffentlichkeit hat sich sofort nach Bekanntwerden dieser chauvinistischen Tat, gegen diesen Ueberfall gewendet und mit aller Entschiedenheit eine genaue Untersuchung des unglaublichen Angriffs auf Deutsche und auch Sühne für diese Schandtat verlangt. Außerdem haben sich die Vertretungen einer Reihe bedeutender deutscher Gemeinden, die unserer Auffassung nach auch dazu die Legitimation besitzen, zu verlangen, daß in der Gemeinde Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Einwohner herrscht, in klaren energischen Worten gegen eine Wiederholung der Duxer Vorfälle gewandt. Nachdem auch noch an den höchsten zuständigen Stellen, wie im Parlament und bei der Regierung, Untersuchung und Abwehr ähnlicher Ueberfälle gefordert worden ist, ist wohl das, was zweckdienlich in diesem Falle war, vorgekehrt worden.

Die deutschbürgerlichen Parteien aber, die noch aus der Zeit des alten Oesterreich sehr gut wissen, wie man die nationale Hetze — ohne die keine deutsch-bürgerliche Partei bestehen kann — betreibt, haben sofort versucht, ihre Parteisuppe an dem bedauerlichen Ueberfall zu kochen und dazu alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. In vielen Städten wurden schleunigst Demonstrationsversammlungen einberufen, um hier in altgewohnter Weise gegen die Tschechen schlechtweg loszuziehen. An der Spitze dieser Versammlungsaktion stehen — wer denn sonst — die Hakenkreuzler, denen die Gelegenheit wie gerufen schien, um sich in der Pose der nationalen Heroen vorzustellen. Wehe dem, der da nicht mitmachte! So die deutschen Sozialdemokraten, die als erste gegen den chauvinistischen Wahnsinn Stellung bezogen und Abhilfe für die Zukunft forderten, sie sind, weil sie den Agitationsrummel der Deutschbürgerlichen nicht unterstützen, die „nationalen Verräter" und die „Schrittmacher der Tschechen", obzwar auch hier wieder festgestellt werden konnte, wie wichtig in nationaler Beziehung die Freundschaft und das Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien in diesem Staate ist, denn unsere Bruderpartei hat ebenfalls in klarer und nicht mißzuverstehender Weise sofort gegen die Duxer Vorfälle Stellung genommen.

Ein für allemal sei gesagt, daß unsere Partei es jetzt und für alle Zukunft ablehnen muß, an bürgerlichen Demonstrationen teilzunehmen, die nach Gegendemonstrationen rufen. Nicht nur, weil wir unmöglich den bürgerlichen Parteien Hilfe leisten können, sondern vor allem, weil es uns ernst mit der nationalen Verständigung ist, machen wir da unter keinen Umständen mit. Haß erzeugt wieder Haß, ein alter Grundsatz, den wir voll und ganz anerkennen. Wir wollen keine Blutrache, sondern die Beseitigung dieser Atmosphäre der Unduldsamkeit und der Feindschaft, deshalb lehnen wir die Stärkung des Geistes der nach Vergeltung ruft, ab. Das, was in Dux geschah, ist nicht die Tat der tschechischen Nation, sondern die verhetzter Menschen, die man so erzieht, wie sie die Deutschen jetzt durch die Versammlungsaktion erziehen. Wir wollen nicht schuldig werden, sondern führen den Kampf gegen den Chauvinismus mit der geistigen Kraft, die uns auch als Nation zu eigen ist, denn nur dieser Geist und dieser Kampf kann uns den Sieg und die nationale Freiheit bringen.

Ringen wir um die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen, die kommen wird, je eher in uns die Ueberzeugung verankert ist, daß wir nicht Haß gegen Haß, sondern Vernunft gegen Vernunft ausspielen müssen. Setzen wir blindem Nationalismus nationale Besonnenheit und Würde entgegen, dann allein dienen wir dem Volke, zu dem wir gehören und dessen Aufstieg und Freiheit wir ernstlich wollen.

Polizeikommissar Heimannsberg wird von der Reichswehr verhaftet.

Der Fall Braunstein.

Aus einem Kulturstaat der Kleinen Entente. — Was die rumänischen Gäste der Genfer Tagung nicht erzählt haben.

Die Oeffentlichkeit mehrerer europäischer Länder befaßt sich in den letzten Wochen mit einer Tragödie, deren Schauplatz in den ersten Mai-Tagen dieses Jahres das rumänische Städtchen Edineti im Kreis Chotin gewesen ist. Mit dem Herannahen des 1. Mai hatte, wie alljährlich, die „Siguranza" genannte politische Polizei der Bukarester Regierung und die Gendarmerie alle Vorbereitungen getroffen, um die Arbeiterschaft zu terrorisieren und an der feierlichen Begehung des 1. Mai zu hindern. Vereine, kulturelle Körperschaften wurden aufgelöst und den Höhepunkt erreichte die Arbeiterverfolgung in dem genannten Städtchen. Hier leistete sich die Gendarmerie einen Exzeß von so brutaler Art, daß das Material infolge der Einschüchterung der Ortsbevölkerung erst jetzt besorgt und der Sachverhalt erst in den letzten Wochen klargestellt werden konnte. Ausführliche Angaben hierüber enthält ein Memorandum, welches dieser Tage die Exekutive der der zweiten Internationale angehörenden Jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Poale Zion" in Prag an die Exekutive der zweiten Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich gerichtet hat. Mit Recht wird in diesem zutiefst erschütternden Dokument an die sozialistische Oeffentlichkeit die Aufforderung gerichtet, gegen die am hellichten Tage in einem Lande Europas verübten Barbareien schärfsten Protest einzulegen. Schon jetzt hat die Veröffentlichung des mit dem „Fall Braunstein" zusammenhängenden Materials den rumänischen Gesandtschaften insbesondere in Amerika und in England große Unannehmlichkeiten bereitet, wo die rumänische Regierung nicht selten auf der Suche nach Anleihen ist. Daß solche Vorfälle ihre Kreditwürdigkeit auf Null herabsetzen, bedarf keines Beweises. Es wird in diesem Zusammenhang auch interessieren, daß der Prager rumänische Gesandte, dem ausführliches Aktenmaterial, Protokolle und ärztliche Atteste über die „Untersuchungsmethoden" seiner königlichen Regierung vorgelegt wurden, darauf verzichtet hat, Stellung zu den gegen die Behörden gerichteten Vorwürfen zu nehmen, wohl, um die tschechoslowakische Oeffentlichkeit nicht in ihrer festlichen Stimmung zu stören und ihr zu zeigen, daß der „Bundesgenosse" noch andere Charakteristika habe als die ölig-lächelnde Ritterlichkeit seiner ordenbesäten, kriegslustigen Generäle

Und doch verdienen diese Bestialitäten einige Publizität. Am 1. Mai findet man in Edineti, auf Synagoge und Kirche, je eine rote Fahne. Die Behörden die die Fahnen sofort entfernen lassen, erstatten bei der Gendarmerie die Anzeige. Am 4. Mai trifft unter Führung des Hauptmanns Panisoara eine „Strafexpedition" ein, die, obwohl schon 4 Tage vergangen sind, noch voll ist von Entrüstung über den begangenen Frevel. Zuerst nimmt man einen Jüngling in Arbeit, der wegen Anzeichen von Geistesgestörtheit aus dem Priesterseminar des Städtchens entfernt werden mußte. Der junge Mann, Radolin, nennt 5 beliebige Namen angesehener Bürger der Stadt Sie werden unter dem Verdacht verhaftet, der kommunistischen Partei anzugehören. Am 6. Mai müssen sie freigelassen werden, denn man kann keinen Zusammenhang zwischen ihnen und den Fahnen finden.

Ein Gendarm, der sich weigerte, einen der Verdächtigten zu schlagen, wurde von seinem Vorgesetzten geohrfeigt.

Dieser übernimmt dann selbst die Arbeit, die nach zwei Tagen beendigt wird.

Kein Ergebnis. Wer hat die Fahnen gehißt? Soll Herr Panisoara ohne den Täter nach Chotin, der Kreisstadt, zurückkommen? Und das Avancement? Der tatendurstige Hauptmann faßt am 7. Mai den Führer der jüdischen Sozialisten in Bessarabien, Samson Braunstein, verhaften. Er wird auf die Gendarmerie gebracht, mit Ketten gefesselt und ohne daß man mit einer Frage Zeit verliert, beginnt die „Mühle".

Man bindet gefesselte Hände an gefesselte Beine, zieht einen Holzpflock unterhalb der Kniekehlen durch und dreht das Opfer im Kreise. Braunstein verliert das Bewußtsein, kommt wieder zu sich, verneint, daß er von irgendwem 700 Dollar erhalten und sie verteilt habe und wird weiter bearbeitet. Einer der Gendarmen setzt sich auf seinen Kopf, (die Beine hängen nach oben) und die Gendarmen Chitiga und Raboj beginnen auf Befehl des Hauptmanns auf seine nackten Fußsohlen einzuschlagen. Haut und Muskeln hängen bald in Fetzen. Der Hauptmann ist nicht zufrieden. „Stärker, stärker", wünscht er. Nägel sind bald von Fingern und Zehen abgerissen. Eine Ohrmuschel geht entzwei. Drei Tiere trampeln auf Braunstein herum. Er verliert das Bewußtsein. Sobald er zu sich kommt, wird fortgesetzt.

Das Gefängnis liegt entlegen. Aber man konnte die wilden Schreie des furchtbar Gemarterten doch hören. Deshalb Lappen in den Mund. Einmal bittet er um Wasser. Der Herr Hauptmann hält ihm die gefüllte Schale hin, zieht sie wieder fort. Er wiederholt dieses Spiel. Das alles ist wahr. Die Gendarmen haben es später zu Protokoll gegeben. Keine Kriegslügen. Wir leben doch im tiefsten Frieden . . . .

Schließlich tritt Müdigkeit ein — bei den Peinigern. Damit erwacht ihr kulturelles Bedürfnis. Man löst Braunstein die Fesseln. Man stellt ihn auf seine blutigen Fußstümpfe. Verlangt, daß er tanzen soll. Das kann er natürlich nicht. Da streuen sie ihm, der am Verdursten ist, Salz in den Mund und legen ihm Salz und Essig in die offenen Wunden. „Was kann ich dafür?" sagte einer der Tier-Gendarmen zu einem Journalisten. „Hätte ich es nicht getan, so hätte er (der Hauptmann) mich selbst verprügelt."

Schließlich beginnt es sie zu langweilen. Braunstein bleibt hartnäckig. Verrät nichts. In der Nacht, da er nur noch röchelt, verständigt man den Gendarmerie-Oberst. Eine Deputation der Stadt geht zum Präfekten. Der hält ihr eine Strafpredigt, droht mit Verstärkung der Maßnahmen. Letzten Endes holt man einen Arzt. Das Opfer, sagt er, wird nicht die Nacht überleben. Er gibt zwei Injektionen. Die Gendarmen schaffen Braunstein ins Spital. Aber nicht nach Edineti, sondern in ein 12 Kilometer entferntes Dorf.

Heute liegt Braunstein im jüdischen Spital von Czernowitz. Während der rumänische Gesandte in Washington erklärt, daß die Regierung bestrafe und versetze, steht fest, daß Braunstein niemehr wird gehen können. Auch eine Hauttransplantation an den Füßen wird nicht helfen. Das Fieber ist seit drei Wochen unverändert hoch. Die Todesgefahr noch nicht überwunden.

Nach Braunstein hat man noch eine Studentin „bearbeitet". Sie konnte nachweisen, daß sie am fraglichen Tage in der Hauptstadt ihren Universitätsindex vidieren ließ. Immerhin hat man sie auf die Geschlechtsteile geschlagen und sie zwei Tage festgehalten.

Rumänien ist Mitglied des Völkerbundes.

Karl Baum.

Tagesneuigkeiten

Sommerurlaub.

Das klare Bächlein rauscht, der Vogel singt,
Es grünt und blüht voll Lust die weite Heide,
Und durch die warmen, blauen Lüfte schwingt
Das Hohelied der Sommersonnenfreude;
Nach langer, grimmig kalter Winternacht,
Nach Blütenknospen und nach Blütensegen
Des Frühlings drängt des Sommers herbe Pracht
Der ernteschweren Herbstesfrucht entgegen!

Das ist die Zeit, wo feiste Krämerseelen
Und jenes feile, aufgeblasene Geschmeiß,
Das ohne je im Leben sich zu quälen,
Schmarotzend saugt an schwerer Arbeit Preis.
Hinausziehn in die Schönheit der Natur,
Zu schwelgen dort an reichgedeckten Tischen —
Man braucht ja dringend eine teure Kur,
Um seinen teuren Korpus aufzufrischen!

Und du, Prolet? Du sollst in Sommers Hitze
Wie immer mühsam frohnen früh und spät;
Man höhnt sogar, daß dir die Arbeit nütze,
Denn Arbeit sei heut eine Rarität!
Man wünscht sogar, du mögst voll Demut danken,
Daß du zum Vorteil jener Parasiten
Bei schwerer Arbeit, ohne je zu schwanken,
Darfst ihren Reichtum mehren und behüten.

Prolet, auch du bist Mensch! Und darum dämpfe
Der Spötter und der Reichen Uebermut!
Steh treu zur Fahne der Gewerkschaft! Mutig kämpfe,
Um all dein Recht, um all dein Menschengut!
Dann naht die Zeit, wo jeder Arbeitsmann
Aus Gründen wohlerworbenen Rechtes
Sich seines Sommerurlaubes freuen kann
Als Gleichberechtigter des menschlichen Geschlechtes!

Taeß.

Die „unbotmässigen Elemente".

Zu den sauberen Blättern, die den Gewaltstreich der Papenregierung gegen Preußen freudig begrüßten, gehört außer den Zeitungen der Nationalsozialisten und der Hugenbergleute auch jener „Teplitz-Schönauer Anzeiger", der, ein Eigentum des Rassejuden Dr. Weigend, nicht nur jüdischen Ergüssen, sondern auch den Aufsätzen des Herrn Max Karg Unterschlupf gewährt. Es ist für den gewöhnlichen Sterblichen zwar merkwürdig, daß die Freundschaft zwischen dem Naziführer Karg und Herrn Weigend, die allwöchentlich mit 50 K honoriert wird, so innig ist, aber auf dem Wege zum Dritten Reich ereignen sich eben Dinge, die dem Eingeweihten durchaus nicht als seltsam erscheinen. Politik und Geschäft sind, wenn Judenliberale und Nazis ihre sauberen Finger dabei im Spiele haben, nicht immer eine Zweiheit.

Der „Teplitz-Schönauer Anzeiger" hat entdeckt, daß es höchste Zeit gewesen sei, „die unbotmäßigen Elemente unschädlich zu machen, die in den höchsten preußischen Regierungsstellen saßen und teils durch ihr passives Verhalten, teils durch direkte Unterstützung dem kommunistischen Terror Vorschub leisteten. Zu diesen Leuten gehören insbesondere der preußische Ministerpräsident Braun und der Innenminister Severing."

Es ist schon wahr, daß auf eine solche freche Herausforderung der Arbeiter kaum eine andere Antwort möglich ist als eine kräftige Maulschelle für den Schreiber. Aber damit schafft man das Sudeln der judoliberal-hakenkreuzlerischen Hetzblätter nicht ab, sondern bestätigt nur dem politischen Redakteur seine Gesinnung. Man werfe diese Blätter aus seiner Wohnung und wird sie so wirksamer züchtigen als durch jede andere Maßnahme.

Das „Rudé Pravo" gefährdet?

Unter diesem Titel weiß die „Bohemia" folgendes zu melden: Hinter den Kulissen werden seit längerer Zeit Verhandlungen über die Vereinigung der kommunistischen Opposition mit den Sozialdemokraten geführt. Da nun die Opposition die meisten Anteile an dem kommunistischen Arbeiterhaus in der Königstraße in Karolinenthal und der kommunistischen Vorschußkassa „Zukunft" besitzt und viele heute oppositionelle kommunistische Parteiführer auch Mitglieder der Kommanditgesellschaft der Druckerei des kommunistischen Zentralorgans „Rudé Pravo" sind, sucht sich die kommunistische Opposition gänzlich in den Besitz dieser Unternehmungen zu setzen. Die Verhandlungen stehen knapp vor dem Abschluß, so daß, sobald die Opposition in die sozialdemokratische Mutterpartei zurückkehrt, die Kommunisten die Sozialdemokraten als Hausherren bekommen werden.

Im Laufe einer Woche 49 Menschen in der Waag ertrunken.

Wie aus Preßburg gemeldet wird, sind in der Waag innerhalb einer Woche 49 Personen ertrunken. Die abnorme Hitze hatte viele Personen zum Bade in der Waag gelockt. Zwischen Pistyan und Hlohovec sind in der Waag in der letzten Woche 27 Personen und bei Galanta innerhalb dreier Tage 18 Personen ertrunken. Außerdem wurden im Laufe des Dienstag vier Leichen aus der Waag gezogen, deren Identität man bisher nicht feststellen konnte.

Die Hitzewelle in den Vereinigten Staaten hat bereits 20 Todesopfer gefordert. In Chicago wurden Mittwoch 41 Grad C im Schatten gemessen.

Dr. Bill hat leicht raten. Herr Dr. Bill hat sich bemüßigt gefühlt, den deutschen Gewerkschaften im „Prager Tagblatt" vorzuwerfen, daß sie der Demokratie vertrauten und zu fragen, „ob die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften noch nicht die Macht haben werden, diesem Kapp-Putsch auf kaltem Wege mit Erfolg entgegenzutreten". Dr. Bill hat es natürlich leicht, von seiner sicheren Schreibstube aus den Führern der deutschen Gewerkschaften und der SPD gute Ratschläge zu geben. Er vergißt jedoch, daß die Dinge aus der Nähe ganz anders aussehen. Der Weg, auf dem die Gewerkschaften und die SPD dem neuen Kapp-Putsch entgegentreten, ist zwar nicht kalt, dafür aber besser bedacht als die Kritik des Herrn Dr. Bill. „Wenn sie den Stein der Weisen hätten, der Weise mangelte dem Stein." Zwar bilden sich die Führer der SPD nicht ein, den Stein der Weisen zu haben, zwar wissen sie, daß auch sie irren können, darüber aber kann es keinen Zweifel geben, daß Herr Bill diesmal die zur richtigen Einschätzung des Handelns verantwortungsbewußter Arbeiterführer notwendige Sachlichkeit nicht aufgebracht hat.

Dr. Kment neuer Primararzt des Egerer Krankenhauses. Die Egerer Stadtvertretung hat in ihrer heutigen Sitzung mit großer Mehrheit beschlossen, die nach dem Tode des Primarius des Egerer Allgemeinen Krankenhauses Dr. Heitzer freigewordene Stelle eines leitenden Primararztes an den ersten Assistenten der Prager Universitätsklinik Schlosser Dr. Rudolf Kment zu vergeben. Im engeren Wettbewerb standen sechs hervorragende Chirurgen.

Dachziegel tötet einen Arbeiter. Während der Arbeit fiel, wie uns aus Oberleutensdorf gemeldet wird, dem Bauarbeiter Jaroslaus Bild aus nicht allzu großer Höhe ein Dachziegel auf den Kopf, wobei Bild einen Schädelbruch und eine Gehirnblutung erlitt, so daß er kurze Zeit nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus verschied. Der Verunglückte war erst 26 Jahre alt.

Von Sandmassen begraben wurde, wie uns aus Brüx gemeldet wird, der Arbeiter Wenzel Techovsky aus Kopitz. Techovsky war in einer Sandgrube beschäftigt und befand sich an einer untergrabenen Stelle einer Sandschichte, als diese sich plötzlich löste und den Mann unter sich begrub. Der Verunglückte, der nach einiger Zeit ausgegraben werden konnte, hatte einen Bruch der Wirbelsäule und schwere innere Verletzungen erlitten, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten. Er dürfte nicht mit dem Leben davonkommen.

Eine Mutter tötet ihr Kind und sich selbst. Mittwoch schnitt Franziska Cibulkova, die 30jährige Frau eines Gendarmeriewachtmeisters in Kašice bei Kladno, ihrem 3jährigen Söhnchen, wahrscheinlich in einem Anfalle von Geistesverwirrung, den Hals durch. Nach der Tat suchte sie ihre 8jährige Tochter, die jedoch glücklicherweise vom Hause abwesend war. Dann begab sich die Frau auf den Dachboden und erhängte sich. Kurz darauf kam Wachtmeister Cibulka aus dem Dienst nach Hause und fand seinen 3jährigen Jungen in einer Blutlache tot auf. Nach längerem Suchen fand er dann seine Frau am Dachboden, löste ihr die Schlinge vom Halse und brachte sie durch Anwendung künstlicher Atmung wieder zu sich. Sie wurde ins Krankenhaus geschafft.

Schreckliche Bluttat in einem slowakischen Dorf. Aus Neutra wird gemeldet: In der Ortschaft Magyarsok bei Galanta stach der Bauernsohn Emerich Fülop in einem Gasthaus seinen Zechkumpan Ludwig Salay nieder. Fülop und Salay waren gute Freunde. Auch Mittwoch gingen sie gemeinsam in das Dorfwirtshaus, um sich gemütlich zu unterhalten. Fülop, der dem Alkohol reichlich zugesprochen hatte, fing mit Salay Streit an, in dessen Verlauf er immer wütender wurde. Plötzlich zog Fülop ein Küchenmesser aus der Tasche und stieß blindlings auf Salay ein, der blutüberströmt zu Boden sank. In seinem Blutrausch kniete nun Fülop seinem Opfer auf die Brust und stach weiterhin auf den Wehrlosen ein, dann ergriff er eine Eisenstange und zerschmetterte seinem Opfer damit den Schädel. Dorfleute verständigten sofort die Gendarmerie und einen Arzt. Fülop wurde mit Mühe entwaffnet und in Ketten dem Gericht in Galanta überstellt. Der Arzt, der sich sofort um Salay bemüht hatte, konnte jedoch nur dessen Tod feststellen.

Sühne. Wegen des Feuerüberfalles auf Nationalsozialisten am 20. Feber in Dortmund, bei dem ein Nationalsozialist durch einen Brustschuß getötet wurde, wurden 11 Kommunisten vom Dortmunder Schwurgericht abgeurteilt. Wegen Totschlags wurde der Anführer der Kommunisten, ein 29 Jahre alter Bergmann, zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis.

Mist- und Brotwagen als Leichenfuhrwerk. Das Ungarer „Uj Közlöny" berichtet über den Transport von Leichen aus dem dortigen Spital der Stadt auf den Friedhof: stirbt ein armer Patient, so wird er, wenn nicht anderweitig für sein Begräbnis durch Angehörige vorgesorgt wird, einfach auf den Mistwagen verladen und zu Grabe befördert. Sterben zufällig mehrere Arme an einem Tage, so reicht der Mistwagen nicht aus und es wird der größere Wagen der Anstalt, auf welchem Brot und Lebensmittel befördert werden, als Leichenfuhrwerk verwendet. Die Leichen werden in einfachen Särgen auf den Wagen aufgeladen und hinausgeführt, wobei es keinen Unterschied macht, ob es sich um an ansteckenden Krankheiten Verstorbene handelt oder nicht. Am nächsten Tag führt der Wagen wieder Brot für die Heilung suchenden Patienten. Einen Leichenwagen, wie ihn alle anderen Spitäler besitzen, hat das Spital der karpathorussischen Landeshauptstadt überhaupt nicht . . .

Die Lumpen. Am Mittwoch-Nachmittag gegen 4 Uhr kam es vor dem „Vorwärts"-Haus in Berlin zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Mehrere junge Burschen besaßen die Unverschämtheit, die vor dem „Vorwärts"-Haus versammelten Arbeiter mit den Worten anzupöbeln: „Das hier sind die Lumpen, die uns 13 Jahre lang betrogen haben." Als zwei Schupos die Lümmel zur Ordnung verwiesen, stürzten sich die Nazis auf die Polizisten, rissen sie zu Boden und mißhandelten sie. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando konnte die Täter fassen.

Mysteriöser Tod. Aus Karlsbad wird uns berichtet: Der 33jährige Versicherungsagent Leopold Brandl begab sich an einem der letztvergangenen Tage zusammen mit einem Heger ins Revier Einsiedel auf die Jagd. In der Jagdhütte wollte er seine Bockflinte reinigen, weshalb er den Heger ins Revier vorausgehen hieß und sich selbst zu der Hütte begab. Der Heger wartete längere Zeit auf Brandl und kehrte, als dieser nicht erschien, nach Karlsbad in der Annahme zurück, Brandl habe ebenfalls bereits den Heimweg angetreten. Als indessen am folgenden Tage bei ihm Nachfrage gehalten wurde, begab er sich wieder ins Revier und fand in der Jagdhütte Brandl mit einer Schußwunde im Herzen tot auf. Nach den Ergebnissen der Untersuchung hat sich beim Reinigen des Gewehrs ein Schuß gelöst und den Jäger getötet.

Selbstmord mit dem Taschenmesser. In Karlsbad hat sich, wie uns gemeldet wird, der 59jährige Installateur Johann Zeschek, der schon einmal in einer Nervenheilanstalt untergebracht war, mit einem Taschenmesser die Halsschlagader aufgeschnitten. Nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verschied er.

250 Räuber! Eine schwerbewaffnete Räuberbande von 250 Mann drang in die Nicaragua-Niederlassung der nordamerikanischen United Fruit Co. am Rio Grande-Fluß ein, raubte alles, was nicht niet- und nagelfest war und richtete ein furchtbares Zerstörungswerk an. Ebenso verwüsteten die Räuber verschiedene in der Nähe gelegene Farmen. Ein Gutsverwalter und sieben Angestellte wurden getötet, drei Frauen entführt.

5800 Meter hoch. Die deutsche Himalaja-Expedition hat bei der Besteigung des Nanga Parbat in 5800 Meter Höhe ein Lager errichtet. Der 8116 Meter hohe Gipfel des Berges dürfte nach den letzten Meldungen bald erreicht sein. Insbesondere äußern sich die Expeditionsleiter, der Münchener Alpinist Willy Merkl und der Amerikaner Rand Herron, befriedigt über Arbeitseifer und Interesse der mitgenommenen Kulis.

Napoleon II.

Von Hermann Wendel.

SPD. Am 22. Juli. 1832 verröchelte in Schönbrunn bei Wien nach schmerzvoller Krankheit ein Einundzwanzigjähriger, der in den Listen des K. k. Infanterieregimentes Prinz Gustav Wasa Nr. 60 als Oberst geführt wurde; er hatte nicht viel Bemerkenswertes an sich außer dem einen, daß er der Sohn Napoleons war.

Die Geschichte hat sich bemüht, in das unnütze Leben und grausame Sterben dieses jungen Menschen einen Sinn hineinzubringen, und hat sogar mit einem französischen Historiker darin eine Sühne für den „Frevel" erblicken wollen, daß er schon in der Wiege den pompösen Titel eines „Königs von Rom" führte, während der „rechtmäßige" Besitzer Roms, der Papst, von dem Franzosenkaiser enteignet und eingesperrt worden war. Aber für nicht päpstlich gesinnte Gemüter entbehrt diese Deutung der überzeugenden Kraft, und in der Tat birgt sich ein anderer Sinn hinter dem Schicksal dieses Napoleoniden. Der General Bonaparte war nicht nur der größte aller Revolutionsgewinner, als er sich 1804 eine Kaiserkrone in die Stirn drückte, sondern auch noch immer bis zu einem gewissen Grade der Testamentsvollstrecker der Revolution: im Innern als Bürger eine der gewaltigsten Besitzverschiebungen der Weltgeschichte, des Uebergangs der geistlichen und adligen Liegenschaften in die Hände der bäuerlichen und bürgerlichen Käufer der Nationalgüter, nach außen als Niederleger des Feudalismus und Wegbereiter der bürgerlichen Gesellschafts- und Rechtsordnung. Aber in den Jahren 1809 und 1810 bedeutete die Trennung von seiner kinderlosen und anscheinend unfruchtbaren Gattin Josephine, die Ehe der Tochter Franz II. von Oesterreich, die Einheirat in das älteste Herrscherhaus Europas die entschiedene Abkehr von der Revolution und den fast kläglichen Versuch, sich in der Reihe der „legitimen" Monarchenfamilien einen Platz zu sichern. Als ihm am 20. März 1811 die Habsburgerin Marie Luise einen Sohn gebar, kannte die Freude Napoleons keine Grenzen: war er selber Kaiser von Volkes Gnaden und durch das Recht der Revolution, dieser sein blauäugiger und blondgelockter Sproß sollte einst Kaiser von Gottes Gnaden und durch das Recht der dynastischen Legitimität sein — wie alle andern Herrscher auch.

Kaum drei Jahre währte der Traum, als er furchtbar zerrann: Napoleon, gestürzt und nach Elba verbannt, wußte den Erben seines Namens samt seiner Marie Luise in den Händen der Oesterreicher. Vergebens ließ er ihn 1815 nach den Hundert Tagen, nach der Niederlage von Waterloo und nach seiner zweiten Abdankung feierlich als Napoleon II. zu seinem Nachfolger ausrufen. Die Mächte, die sich gegen den ersten Napoleon verschworen hatten, kannten keinen zweiten Napoleon. Für sie war er als Kind seiner Mutter, die man in Italien mit einem habsburgischen Herzogtum abgefunden hatte, nichts als ein Prinz von Parma, Piacenza und Guastalla, und damit der Gefürchtete nie auf einen noch so kleinen Thron Anspruch habe, wurde er 1818 vollends in einen ganz farblosen, neutralen Herzog von Reichstadt verwandelt. Die Erziehung aber des Heranwachsenden war vom ersten Tage an eine düstere Haupt- und Staatsaktion, über die Kaiser Franz und sein Kanzler Metternich argwöhnisch wachten. Denn um die tausend Donner nicht zu wecken, die in dem Namen Napoleon schliefen, mußte zugunsten der dynastischen Nutznießer der infamen Ordnung, die der Wiener Kongreß verewigen wollte, in dem Knaben systematisch alles abgetötet werden, was ihm von Vaters Seite überkommen war. Er hieß nicht mehr Napoleon, sondern Franz, sprach nicht mehr Französisch, sondern Deutsch, war nicht mehr von Pariser Erzieherinnen umgeben, sondern von österreichischen Militärs, und lernte, wenn überhaupt, die Geschichte seines Erzeugers nur in tausendfacher Verdünnung und Verzerrung kennen. Wie in einen Käfig gesperrt, auf Schritt und Tritt bespitzelt und belauert, Tag für Tag leidend unter den Versuchen, ihm sein moralisches Rückgrat zu brechen, wurde der Herzog von Reichstadt früh reif, verschlossen, zurückhaltend, mißtrauisch, menschen- und wahrheitsscheu. Daß man von ihm die wirkliche Historie Napoleons in den Giftschrank verschloß, stachelte seine Neugierde bis zur Krankhaftigkeit. In wirren Fiebertäumen wähnte er sich zur Größe, zur Nachfolge seines Vaters berufen, urteilte mit verstiegenem Selbstbewußtsein und unjunger Superklugheit über Gott und die Welt und übte sich auf dem Exerzierplatz in der weißen Montur des K. k. Heeres für seine künftige Feldherrnrolle. Aber all das waren nur Zuckungen eines überreizten und unklaren Geistes in einem zerbrechlichen Gehäuse. Denn zu dem habsburgischen Erbteil, das sich immer schärfer bei ihm ausprägte, gehörte auch die Tuberkulose; beizeiten befreite sie die legitimen Herrscher des Erdteils von einer immer währenden Furcht; die Sektion der Leiche des Herzogs von Reichstadt ergab, während noch lange geglaubte Gerüchte von einer Vergiftung fabelten, daß der ganze rechte Lungenflügel in Eiter übergegangen war.

Wenn Metternich gelegentlich mit dem Gedanken spielte, den allzu „revolutionären" französischen Bürgerkönig Ludwig Philipp mit dem Schreckbild eines von Oesterreich losgelassenen und unterstützten Napoleon II. einzuschüchtern, und Gneisenau gar den machiavellistischen Plan nährte, durch Förderung seiner Thronpräsidentschaft Frankreich zu zerstückeln, so blieb der blasse, hochgeschossene Jüngling bis zu seinem frühen Ende die Hoffnung der französischen Bonapartisten. Unter den Bauern und in der Armee hatte er seine meisten Anhänger; manche Verschwörung gegen die Bourbonen bediente sich, um zugkräftig zu sein, seines Namens; auch auf den Barrikaden des Jahres 1830 erklang der Ruf: „Hoch Napoleon II.!" und im August 1832 vermeldete Heinrich Heine in seinen Pariser Briefen: „Man hat keinen Begriff davon, welchen Eindruck der Tod des jungen Napoleon bei den untern Klassen des französischen Volks hervorgebracht. Sogar junge Republikaner sah ich weinen." Aber im Grunde war die Furcht der Dynastien vor dem Lebenden ebenso gegenstandslos wie die Trauer der Revolutionäre um den Toten, denn der Jüngling, dessen Regung bei der Kunde vom Ausbruch der Julirevolution die Absicht war, dem legitimen König Karl X. seinen Degen zur Niederwerfung des „Pöbels" anzutragen, war kein Napleonide mit der Tradition des Erben der Revolution im Blut; nein, der war nur ein Habsburger.

Die Entstehung von Redensarten.

„Einen Korb geben!"

Diese Redensart, die das Abweisen eines Freiers bedeutet, soll folgendermaßen entstanden sein. Es kam früher häufig vor, daß der Liebhaber des Nachts zum Fenster seines Mädchens in einem Korbe emporgezogen wurde. Fiel der Geliebte in Ungnade, so ließ die Enttäuschte tückischerweise einen Korb mit einem dünnen Boden herab, durch den der darin Befindliche durchbrechen und in die Tiefe stürzen mußte. In zahlreichen alten Dichtungen ist von dem Heraufziehen des Geliebten in dem Korbe und auch von derartig zubereiteten Körben die Rede. Später machte man es sich bequemer und schickte dem verabschiedeten Liebhaber zum Zeichen der Verabschiedung gleich einen Korb ohne Boden zu. Heutigen Tages ist von diesem alten Brauch nur noch das Sprichwort übrig geblieben.

„Blinder Hesse!"

Im Mittelalter wurde die Reichsstadt Mühlhausen von Hessen belagert. Da den Bürgern nur schwache Verteidigungsmittel zur Verfügung standen, kam die Stadt in arge Bedrängnis. Da hatte ein Ratsherr den rettenden Einfall, Pflöcke auf die Ringmauern zu stecken und Harnisch und Sturmhut darauf zu hängen, während die wirklichen Verteidiger neben diesen Puppen auf den Brüstungen standen. Als die Hessen so viel Besatzung erblickten, zogen sie rasch ab und gaben die Belagerung auf. Seit dieser Zeit ist die Blindheit der Hessen zur Redensart geworden.

„Um des Kaisers Bart streiten!"

Der Ursprung dieses Sprichwortes läßt sich mit ziemlicher Sicherheit nachweisen. Es gab eine Zeit, in der man heftig und sehr gelehrt darüber sich ereiferte, ob Karl der Große einen Bart getragen habe oder nicht. Das Volk lachte über diesen Streit und erklärte ihn für unnütz und nebensächlich. Indessen war die Frage, ob der Kaiser seinen Bart getragen oder ihn habe scheren lassen, sehr wichtig. Bei verschiedenen Urkunden, von deren Echtheit große Privilegien abhingen, war das Bild des Kaisers auf den Siegeln zum Teil mit, zum anderen Teil ohne Bart abgebildet. Man forschte deshalb nach, ob der Kaiser einen Bart getragen habe oder nicht. Um des Kaisers Bart streiten heißt aber noch heute, um eine unbedeutende Sache streiten.

„Auf großem Fuße leben!"

Vor Zeiten herrschte in Frankreich eine Anschauung, die wir heute als lächerlich bezeichnen würden: man schätzte nämlich einen großen Fuß sehr hoch. Im 14. Jahrhundert galt ein großer Schuh als ein Zeichen hohen Ranges. Die Schuhe eines Fürsten maßen 2.5, die eines Barons 2 und die eines Ritters 1.5 Fuß. Von dieser merkwürdigen Sitte leitet sich der Begriff her „auf großem Fuß leben", d. h. ein bedeutender, heutzutage ein verschwenderischer Mann zu sein. „Bedeutend" war eben früher gleichbedeutend mit „verschwenderisch".

L. H.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Brünner Waffenfabrik entläßt wieder fünfhundert Arbeiter.

Zu den vielen hundert Arbeitern, die von der Brünner Waffenfabrik entlassen wurden, werden sich in den nächsten Tagen weitere fünfhundert gesellen, die mit sehr eigenartigen Gefühlen ihres Dienstgebers gedenken werden. Mit einem Federstrich wird ein halbes Tausend arbeitsfreudiger Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und der Not überantwortet. Ein einziger Betrieb hat heuer viele hunderte Menschen entlassen, die Armee der Arbeitslosen gewaltig vermehrt.

Und das alles geschieht so ganz einfach. Der Vollzugsausschuß des Verwaltungsrates der Waffenfabrik, der für die vorläufig unbesetzte Stelle des verstorbenen Generaldirektors Ing. Benes ein viergliedriges Direktionskomitee eingesetzt hat, stellt fest, daß „sich die Beschäftigung der Werke nicht geändert hat und daß demzufolge auf Grund des bereits zu Beginn des Jahres aufgestellten Planes anfangs August weitere fünfhundert Arbeiter zu entlassen" sind. Fünfhundert Arbeiter, das ist ja nur eine Zahl in der großen Rechnung und alles andere hat dabei keine Rolle zu spielen. Diese Zahl 500 wird in der Rechnung gestrichen. Wieviel unermeßliches Leid, wieviel unerträgliche Sorgen durch diese einfache Streichung einer Zahl in einer Rechnung bereitet werden, das alles spielt in der Welt, die heute unsere „Wirtschaft ordnet", keine Rolle. Das Arbeitsamt wird zum Monatsschluß feststellen, daß aus einem Betrieb allein fünfhundert Menschen entlassen wurden, und damit ist für die Waffenfabrik die Sache erledigt. Die Bilanz stimmt ja. Verloren sind die fünfhundert Staatsbürger nicht gegangen. Sie bleiben dem Staat, der an der Vermehrung seiner Bürger interessiert ist, erhalten.

Die Brünner Waffenfabrik läßt zwar verkünden, daß das Unternehmen „volle Ersatzerzeugung" vorbereitet, doch weiß man ja, was von diesen Dingen zu halten ist. Traurig genug, daß man erst dann, wenn man schon aufs Haupt geschlagen wurde, daran zu gehen versucht, sich „umzustellen". Gerade die Rüstungsindustrie, nicht nur bei uns, hätte alle Ursache gehabt, die „Umstellung" zu einem früheren Zeitpunkte vorzunehmen. Wir brauchen Traktoren und andere wichtige Maschinen — auch andere Staaten wären als Abnehmer in Betracht gekommen — für die Wirtschaft. Die Erzeugung von Waffen war aber rentabler, für eine Zeit selbst, in der man von Abrüstung redet, und so mußte man erst durch die Verhältnisse darauf gestoßen werden, daß man sich „umzustellen" hat. Die Leidtragenden sind ja nicht die Aktienbesitzer und Profitjäger, sondern die Proleten. Zwar behaupten die patentierten „Staatserhalter", daß die Arbeitslosen Faulenzer und Tagediebe sind, nicht würdig der Fürsorge. Daß sie sie selbst zu ungewollten Faulenzern machen, daß sie ihnen Arbeit und Brot nehmen, das gestehen sich diese Melker der Staatskuh der anderen wegen nicht ein. Doch auch diese Dinge werden sich ändern. Denn eine Wirtschaft, die die Menschen zum hungern zwingt, obwohl alles in Ueberfluß da ist und des Profites wegen vernichtet wird, hat alles Anrecht auf Bestand verloren und muß beseitigt werden!

Gerichtssaal

Gewehrladung — Grammophonnadeln.

Ein sonderbarer Fall.

Prag, 21. Juli. Dieser heute vor dem Senat des OGR. Sudoma erledigte Fall dürfte seinesgleichen suchen. Angeklagt ist ein gewisser Josef Brázda aus einem Dorf der weiteren Prager Umgebung wegen des Verbrechens der gefährlichen Drohung. Besagter Brázda, ein 37-jähriger Landwirt, hatte seinerzeit ein Verhältnis mit einem Mädchen seines Dorfes unterhalten. Das Lieben bringt bekanntlich groß' Freud, aber der Nachgeschmack dieser Freuden pflegt zuweilen recht bitter zu sein. So auch in diesem Fall. Josef Brázda wurde zur Alimentenzahlung herangezogen und das war die Ursache, daß sich die ursprüngliche Liebe in bittersten Haß verwandelte.

Der Angeklagte, der sich sonst eines guten Leumundes erfreut, hat bereits mehrfach seine ehemalige Geliebte mit Schußwaffen aller Art bedroht. Einmal war es eine Flobertpistole, ein andermal ein Teschinggewehr, dann wieder ein Revolver und stets endete die Sache so, daß er wegen Uebertretung des Waffenpatentes zu drei Tagen Arrest verurteilt wurde, denn niemals konnte das Gericht zu der Ueberzeugung gelangen, daß die gefährliche Drohung wirklich ernst gemeint sei.

Diesmal sah die Sache bedenklich aus. Der Angeklagte hat seiner ehemaligen Geliebten wieder aufgelauert. Er saß hinter der Scheune ihres Anwesens und hielt ein Gewehr im Arm. Vorher hatte er sich öffentlich gerühmt, ihr einmal einen ordentlichen Denkzettel geben zu wollen. Er habe das Gewehr mit Grammophonnadeln geladen und beabsichtige, die besagte Ladung seiner Exgeliebten „in den — — —" zu schießen. So drückte er sich wenigstens aus. Die Bedrohte erfuhr davon und erstattete die Anzeige.

Die Verhandlung gestaltete sich überaus heiter. Verschiedene originelle Zeugen traten auf. Ferner kam zutage, daß das Geschlecht der Brázda sich zweier Patriarchen rühmen kann. Der Senior der einen Linie zählt derzeit 93 Jahre, während der älteste Vertreter des anderen Zweiges sich des gesegneten Alter von 103 Jahren rühmen kann.

Schließlich gelangte das Gericht nach gewissenhafter Prüfung des Sachverhaltes wieder nicht zu der Ueberzeugung, daß die „gefährliche Drohung" ernst zu nehmen sei und verurteilte den Angeklagten abermals nur wegen Uebertretung des Waffenpatentes zu drei Tagen Arrest. Die Strafe ist durch die Untersuchungshaft verbüßt. rb.

Ein Fascist.

Schuldig am Tod des Vaters.

Prag, 21. Juli. Es ist wohl kein Zufall, daß der heute vor dem Senat des OGR. Hloušek abgeurteilte Ladislav Skopec organisierter Fascist und glühender Bewunderer Gajdas usw. ist. Dieser 24jährige beschäftigungslose Bursche war seines Lebenswandels wegen aus der Familie regelrecht ausgestoßen worden. Der eigene Vater verbot ihm das Haus.

Dennoch erzwang sich der Kerl einmal im März d. J. Zugang zu seinem Vater, mißhandelte ihn in beispielloser Art und brach endlich dem alten Mann durch einen Fußtritt den Arm. Der alte Vater erstattete damals keine Anzeige.

Im Mai wiederholte das fascistische Früchtel seinen „Besuch". Diesmal benahm er sich noch ärger. Er erklärte seinem Vater, daß er „die ganze Familie ermorden" werde. Der Vater erlitt in seiner begreiflichen Aufregung über die Roheit seines Kindes einen Schlaganfall und starb. Der Sohn ging ruhig seines Weges, als ob nichts geschehen wäre.

Als man diesen famosen Vertreter des „integralen Nationalismus" arretierte, äußerte er Schimpfworte gegen die Republik, die wir nicht wiedergeben könnten, ohne den Herrn Zensor in Aktion zu setzen. So wurde er neben dem Hauptdelikt auch noch nach dem Schutzgesetz angeklagt.

Der Gerichtshof ging mit begrüßenswerter Strenge vor. Der fascistische Rohling wurde zu einer unbedingten schweren Kerkerstrafe von fünfzehn Monaten verurteilt. rb.

Der Film

Sittenstrenge über uns.

Die Filmzensur hat wieder einmal über uns sorgfältig gewacht; verboten wurden auch Werke, die in Deutschland und dem übrigen Europa ohne sonderliche Störung der geheimnisvollen öffentlichen Ruhe, Ordnung und beamteten Sicherheit gezeigt werden durften. Da gibt es also einen Ufafilm mit dem gefährlichen Namen „Die Gräfin von Monte Christo". Die Frau ist gar keine Gräfin, sie tut nur so: Brigitte Helm kommt einmal naiv, sie wird diesmal als kleine Statistin gezeigt, die sich aus der Enge des Elendsdaseins heraussehnt und direkt von der Aufnahme, im Dienstauto und mitten in der Nacht auf den Semmering durchgeht... wo man sie weiter als Gräfin von Monte Christo ansieht, die sie im Film gewesen ist. Sie und die kleine Lucie Englisch werden also mit einem Schlag weibliche Hochstapler, ein Hoteldieb gibt ihnen den letzten Schliff, Forster tritt auf als vermeintlich vornehmer Mann und wird dann doch nur als Hochstapler verhaftet: die Kleine geht zu ihrem Redakteur zurück, wird berühmt in der Branche und darf weiter statieren.. zu besseren Bedingungen. Der Film ist sorgfältig gedreht, rein bürgerlich in seiner Mentalität, aber nach Ansicht unserer Zensur unsittlich, weil diese Karriere angeblich zu phantastisch ist: es gibt keine Hochstapler in der vornehmen Welt, nein, es gibt nur Edelmenschen. Punktum, Streusand drauf.

Es wurde weiter der Film „Liebe — ein Naturgesetz" nicht für würdig befunden, unsere Kinos zu erhellen. Er ist ein sogenannter wissenschaftlicher Kulturfilm, in dem — horribile dictu — gezeigt wird, was das biologische Grundgesetz der Natur ist; daß unsere Zensurengel davor zurückschrecken, wird niemand überraschen. Nach dem Zensurbescheid ist der Inhalt des Films folgender: Teilung der Urtiere, Entwicklung zu vierzelligen Lebewesen, Befruchtung von Pflanzen, Befruchtung ohne gegenseitige Annäherung. Befruchtungsakt bei verschiedenen Tieren. Der Urmensch. Verschiedene Liebesarten. Küsse, Reizmittel, moderne Tänze, Befruchtung beim Menschen, Entwicklung der Frucht, Geburt, Pflege des menschlichen Körpers. Nacktkult. Folgen der Geburt in spätem Alter. Prostitution. Geschlechtskrankheiten.

Das ist wirklich starker Tobak: anno 1932 soll man noch Aufklärungsfilme erlauben, wo doch die Gesetze so ausgezeichnet die Bevölkerungspolitik regeln und jedermann alles gewähren, was seine Menschenrechte entsprechend sichern könnte. Wer muß denn heute noch aufgeklärt werden? Genügt nicht das Niveau der Herren Zensoren? Die Welt ist wirklich undankbar und glaubt beständig, die technischen Errungenschaften für ihre unsittlichen Zwecke mißbrauchen zu dürfen. Daß man im Film „Die Vier durch den Kaukasus" das Bild Lenins nicht sehen und die Worte „Wille des Proletariats" nicht hören darf, daß in „Der stille Don" nicht gesagt werden darf „Schau' Kosak, wie viel Menschen schon wegen der Herrn und Grundbesitzer zugrunde gegangen sind" und daß niemand sehen darf, wie das kaiserlich russische Disziplinarbataillon ausgesehen hat, ist nur eine klare Folge jener Sitten- und Gesetzesstrenge, die uns mit Recht befriedigt und für ewige Zeiten vor der Versuchung schützt, den Segen der herrschenden Gesellschaft ehrfurchtslos zu untersuchen oder anzutasten. Man wacht eben über uns, der brave Steuerzahler weiß endlich wieder einmal, daß nicht alle Gelder in die Paläste der neuen Ministerien investiert werden. Und die „Dame aus Erziehungskreisen", der man ein entscheidendes Wort im trauten Zensurkreis zuspricht, kann wieder befriedigt heimgehen: sie hat den Glauben in sich gestärkt.

Walter Lustig.

Sport • Spiel • Körperpflege

„Clarion" wieder da. Die Zeitschrift der organisierten englischen Arbeiterradfahrer erscheint jetzt wieder, und zwar in neuer Aufmachung. Die Schriftleitung ist neu besetzt worden. Jüngere Kräfte haben sich mehr in den Vordergrund geschoben. „Clarion" hat sich seit den Anfängen der sozialistischen Bewegung um deren Ausbreitung sehr verdient gemacht. Lange Jahre lag die Schriftleitung in den Händen von Tom Groom, der auch die ersten Reisen englischer Arbeiterfußballmannschaften nach dem Festland leitete.

Auch Arbeiter-Leichtathletik in Dänemark. Der dänische Arbeitersportbund hat am 19. Juni eine Leichtathletiksparte ins Leben gerufen. Neun Vereine gehören ihr bereits an. Zu dem am Gründungstag in Kopenhagen abgehaltenen Straßenstafettenlauf waren 208 Läufer und Läuferinnen am Start. Ein sehr guter Erfolg. Am 21. August soll das 1. internationale Sportfest in Kopenhagen durchgeführt werden.

Sozialistische Jugend, Prag Gruppe I.

Sonntag, den 24. Juli, Wanderung ins Berauntal. Wir wandern in drei Gruppen und kommen bei Mokropsy an der Beraun zusammen. Die beiden Wandergruppen versammeln sich um dreiviertel sieben Uhr bei der Endstation der 5er Elektrischen in Hlupočepy, die dritte Gruppe kommt um halb acht Uhr zum Smichover Bahnhof. Am Nachmittag stoßen auch die Paddelbootfahrer zu uns.

Oesterreichs Fußball-Auswahlmannschaft kam im letzten Spiele in Norwegen gegen die Bezirksmannschaft von Sarpsborg nur zu einem 4:3-Sieg. Die Bezirksmannschaft stand den Gästen an Spielstärke nicht nach.

Norwegens Fußball-Ländermannschaft nach Deutschland und der Tschechoslowakei. Die spielstarke norwegische Fußball-Ländermannschaft, die in Oslo gegen Oesterreich gewann, ist vom deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund zu drei Spielen gegen seine Ländermannschaft in Schlesien verpflichtet worden. Die Norweger spielen am 6. August in Breslau, am 7. August in Waldenburg und am 14. August in Beuthen. Ein weiteres Spiel findet in der Tschechoslowakei statt, und zwar im Trautenauer Kreis.

Nazis ehren einen Juden.

Als die Mannschaft des bürgerlichen deutschen Tennisverbandes in der Vorrunde um den Davis-Pokal gegen England durch das gute Spiel von Daniel Prenn Sieger wurde, schrieb auch die deutsche nationalsozialistische Parteipresse von einem deutschen Tennistriumph und feierte Prenn. Prenn ist ein Jude und gebürtiger Russe. Nach der Nazi-Rassentheorie dürfte Prenn Deutschland nicht vertreten, müßte vielmehr des Landes verwiesen werden. Aber nach ihren „Grundsätzen" darf man die Nationalsozialisten nicht bewerten.

Wran-Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag
Geschlossen!

Wo verkehren wir?
Café „Continental", Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Spatzek)
Täglich Konzert. **PRAG II.,** Hybernska Nr. 7.

Ein Bauernschicksal aus dem Schönhengstgau.

Anno 1599.

Von Hermann König, Undangs.

Schwere Zeiten lasteten auf Bauer und Bürger im Schönhengster Land. Das Jahr vorher hatte Mißwachs und Teuerung gebracht. Die auf dem Landtag zu Brünn von den Ständen beschlossene Türkensteuer wurde von der Grundherrschaft fast zur Gänze auf die Untertanen umgelegt. Die Robott, welche noch Mitte neunziger Jahre mit 19 Groschen angeschlagen war, wurde auf 30 Groschen erhöht.

Dazu kam eine übermäßige Naturalleistung der robotpflichtigen Bauern, mußten doch zum Beispiel die Altstädter Bauern nach Kornitz, das ist vier Stunden weit, Dünger führen und nach dem Uttigsdorfer Hofe ackern fahren.

Herr auf M.-Trübau war Ladislaus Welen von Zirotin, der das Städtchen zum Mittelpunkt einer glänzenden Hofverwaltung machte. 49.000 Thaler wurden der Stadt zwangsweise abgeborgt, neue Abgaben ausgeschrieben und aus Italien und Flandern Künstler und Baumeister geholt, welche den Bau des Trübauer Schlosses förderten. Das Volk darbte, der Adel vergeudete.

Im Reiche draußen ballten sich dunkle Wolken am politischen Horizont. Katholische und evangelische Reichsstände rüsteten gegen einander, der Glaube sei in Gefahr, hieß es, im Namen Gottes wurden Landsknechte geworben, Schwerter und Dolche geschliffen, Feldschlangen und Kartaunen gegossen und von den Kanzeln der Kirchen predigten die Geschorenen und Gescheitelten gegeneinander, und bewiesen mit frommen Bibelsprüchen, daß die Ausrottung der anderen Konfession ein Gott wohlgefälliges Werk sei.

In Olmütz waren bereits 1572 die Jesuiten eingeführt worden, welche in der Nachbarschaft des Trübauer protestantischen Landes eifrig tätig waren und Seelen fingen.

In dem Landskroner Gebiet und den Undangsern Wäldern saß die kommunistische Sekte der Pikarditen und wartete auf das tausendjährige Reich.

Auf dem Hradschin brütete der geisteskranke Rudolf II. über alchimistischen Rezepten.

Unsicher waren aber die Straßen und Wälder geworden, entlaufenes Kriegsvolk stahl, raubte und schändete, mordete wohl auch in einsamen Walddörfern, so daß der Trübauer „Züchtiger" in der Fronfeste häufig „Logiegäste" in Verwahrung hatte, welche er nach peinlicher Befragung auf der Folter mittels des Schwertes oder des Strickes auf dem Galgenhügel bei Undangs vom Leben zum Tode beförderte, wofür ihm der ehrsame Rat der Stadt M.-Trübau nebst einem Wochenlohn von 10 Groschen per Justifizierung 16 bis 20 Groschen zahlte.

Ein großes Sterben war durch das Land gezogen, überall fielen die Opfer.

Am alten Fuchsensteig, bei Kunzendorf, am Anger unterhalb des niederen Tores, wo es nach Landskron geht, an einem Feldweg bei Undangs und an vielen anderen Stellen wuchsen die roten Pestkreuze aus den Massengräbern.

Häuser wurden leer, Familien starben aus, und in den Kirchen und vor den Feldkapellen lag das Volk auf den Knien und plärrte Bußpsalmen, keiner wußte, ob er noch morgen Besitz und Leben habe, und so zwischen Furcht und Hoffnung erwuchs im Volke eine trunkene Lebensgier.

Die Schenken wurden nicht leer, am Dorfanger tanzte die Jugend zu Querpfeife und Fiedel und aus den Büschen ertönte der Laut verliebter Küsse.

Die Triebendorfer feierten noch aus ihrer katholischen Zeit her am Tage der hl. Dreifaltigkeit, das ist der letzte Sonntag im Mai, ihre Kirchweih, lärmend ging es zu und Dudelsack und Pfeife spielten im Erbgericht zum Tanze auf.

Auch der Bauer Motz Pichner aus dem Trübauer Spitaldorf Dittersdorf war gekommen. Er hatte im Winter durch das große Sterben seine Frau verloren und hauste auf seinem Gütel mit einer minderjährigen Tochter.

Bei Einbruch der Dämmerung wurde ihm der Kopf etwas schwer, er ging in das gewölbte Vorhaus und legte den Kopf auf die Arme, er mag wohl eingeschlafen sein, da gingen einige böse Gesellen vorüber und einer schlug dem Schlafenden mit dem Degen über die Hand, laut schrie der Bauer auf und erwachte vor Schmerz.

Es waren ihm aus lauter Mutwillen alle Finger der rechten Hand abgehauen worden, der Täter war entflohen.

Anfang Juni wurde als der Tat verdächtig „Voltin", der Sohn des Triebendorfer Schmiedes, eingezogen, und bekannte auf der Folter, daß er das Verbrechen auf Anstiften des Christoph Seidel aus Tattenitz und Paul Seidel aus Budigsdorf verübt habe, die ihm „ein schön Stück Geld" versprochen haben, wenn er den Pichner umbringe.

Die Dörfer Triebendorf und Tattenitz gehörten zur Trübauer Herrschaft des Welen von Zirotin und waren lutherisch. Budigsdorf als ein Teil des Klostergutes Mariakron gehörte unter die Gerichtsbarkeit der Augustiner in Gewitsch bezw. Brünn, die bei der Gerichtsverhandlung wohl geladen, aber weder selbst noch durch einen Vertreter anwesend waren, als der herrschaftliche Schloßhauptmann Sebastian Reichenbach von Reichenau die beiden Anstifter zu einem Schadenersatz an den zum Krüppel gemachten Motz Pichner von 300 fl. verurteilte. Von Voltin, dem eigentlichen Täter, vermeldeten die Akten nichts mehr, er war wohl nach dem Brauch seiner Zeit gehängt worden.

Christoph Seidel erlegte nach geschlossenem Vergleich den auf ihn entfallenden Betrag von 45 fl. Die Gerichtskosten betrugen 40 fl. und wurden sofort abgezogen, so daß Pichner 5 fl. auf die Hand bekam.

Der wohlhabende Paul Seidel bezahlte nichts, die 250 fl. waren uneinbringlich, weil er sich hinter die katholische Geistlichkeit steckte, die ihm, da es sich doch um einen lutherischen Bauern handelte, schützte.

Im Jahre 1611 richtete Motz Pichner an Welen von Zirotin ein Bittgesuch, ihm zu seinem Recht zu verhelfen; dies hatte keine andere Wirkung, als daß es an den Rat der Stadt Trübau abgetreten wurde, der aber auf den Kirchengütern kein Exekutionsrecht hatte.

Inzwischen erfolgte der böhmische Aufstand und der große Krieg. Eine ungeheure Welle von Blut und Feuer wälzte sich über das deutsche Land. Die Habgier der Fürsten und der Fanatismus der Pfaffen ließ Städte und Dörfer in Flammen aufgehen. Mord und unsagbare Greuel machten das Land zur Wüste. Was bedeutete das kleine Schicksal des hörigen Häuslers Motz Pichner, gemessen an dem großen Weltendrama? Es war nur ein Tropfen im Meere des Leides. Welen von Zirotin, als einer der Häupte der Protestanten, irrte als Flüchtling und starb heimatlos in der Fremde.

Die Lichtensteiner waren Gutsherrn in Trübau geworden und hatten den Schönhengstgau katholisch gemacht.

Im Jahre 1629 lebte Motz Pichner immer noch und in großer Armut. Der damalige Prior von Gewitsch Jakob Kirchner lehnte am 19. Oktober 1629 ein Ansuchen des Trübauer Rates für ihn mit der Begründung ab, der Rat werde wohl wissen, daß der Kaiser alle Prozesse aus der Zeit vor dem böhmischen Aufstand niedergeschlagen habe, er selbst lehne jede Mitwirkung ab, dem Motz Pichner zu seinem Recht zu verhelfen.

So endete der Prozeß nach nahezu dreißigjähriger Dauer ohne Erfolg für den zum Krüppel gemachten Bauern.

Motz Pichner ist wohl durch die Unduldsamkeit der Pfaffen als katholisch gemachter Bettler ohne Schmerzensgeld und ohne Finger in die Grube gefahren.

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Niessner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rote" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfterem Einschalten Preisnachlaß. — Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung des Rückporto.